

# Verfassung und Verwaltungsorganisation

## Veränderungen in den Vertretungskörpern

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück Kurt *Landsmann* (SPÖ), mit Rücksicht auf seine Wahl zum Bezirksvorsteher, mit 28. Jänner, Adalbert *Busta* (SPÖ) mit 31. Jänner und Dkfm. Holger *Bauer* (FPÖ), mit Rücksicht auf seine Angelobung als Abgeordneter zum Nationalrat, mit 20. Juni.

Folgende Ersatzmänner wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt: Otmar *Emerling* (SPÖ), Hermann *Glück* (ÖVP) und Ing. Horst Georg *Riedler* (SPÖ) am 1. Februar, Friedrich *Kuchar* (FPÖ) am 23. Juni.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen:

Es wurden berufen in den

– Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik  
die Gemeinderäte Dr. *Goller* (ÖVP) und Friederike *Seidl* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte *Hoffmann* (ÖVP) und *Busta* (SPÖ) am 1. Februar.

– Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst  
Gemeinderat *Emerling* (SPÖ) an Stelle des Gemeinderates *Landsmann* (SPÖ) am 1. Februar;

– Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung

Gemeinderat *Glück* (ÖVP) am 1. Februar an Stelle des Gemeinderates Dr. *Petrik* (ÖVP) und am 28. März Gemeinderat *Vejtisek* (SPÖ) anstatt Gemeinderat *Haberl* (SPÖ);

– Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit  
die Gemeinderäte *Emerling* (SPÖ) und Ing. *Riedler* (SPÖ) am 1. Februar an Stelle der Gemeinderäte *Landsmann* (SPÖ) und *Schweda* (SPÖ);

– Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung

Gemeinderat *Neusser* (ÖVP) am 1. Februar an Stelle des Gemeinderates *Hoffmann* (ÖVP);

– Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie

Gemeinderat Ing. *Riedler* (SPÖ) am 1. Februar an Stelle des Gemeinderates *Busta* (SPÖ);

– Kontrollausschuß

Gemeinderat *Schweda* (SPÖ) am 1. Februar an Stelle des Gemeinderates Friederike *Seidl* (SPÖ).

In den Sparkassenrat der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien, wurden am 1. Februar gewählt Gemeinderat Ing. *Hofstetter* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat a. D. *Busta* (SPÖ) sowie infolge Erweiterung des Sparkassenrates Amtsführender Stadtrat *Mayr* (SPÖ), Magistratsdirektor Dr. *Bandion* und Dkfm. Dr. *Fiedler* (ÖVP).

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt wurden am 30. Mai die Gemeinderäte Dipl.-Vw. Karoline *Pluska* (SPÖ) und Dkfm. Dr. Maria *Schaumayer* (ÖVP) an Stelle der Gemeinderäte a. D. Maria *Hlawka* (SPÖ) und *Hoffmann* (ÖVP) gewählt.

Am 5. März wurden in das Immunitätskollegium Landtagsabgeordneter Ing. *Hofstetter* (SPÖ) an Stelle des Landtagsabgeordneten *Busta* (SPÖ) und in den Unvereinbarkeitsausschuß Landtagsabgeordneter Dr. *Krasser* (ÖVP) an Stelle des Landtagsabgeordneten *Hoffmann* (ÖVP) gewählt.

Das Mitglied des Bundesrates Dr. Walter *Macher* (ÖVP) verzichtete mit 31. März auf sein Mandat. An seine Stelle wurde das Ersatzmitglied Dkfm. Dr. Günther *Stummvoll* (ÖVP) berufen. Der Wiener Landtag wählte am 25. Juni den Landtagsabgeordneten Franz *Schneider* (ÖVP) zum Ersatzmitglied.

Der Gemeinderat trat zu 12 öffentlichen und 11 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 7 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat und die Landesregierung hielten je 36, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß hielt 4 Sitzungen, das Immunitätskollegium und der Unvereinbarkeitsausschuß hielten je 1 Sitzung ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 983, der Landtag 24, der Stadtsenat 3.151, die Landesregierung 755, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 5, das Immunitätskollegium 3 Geschäftsstücke und der Unvereinbarkeitsausschuß 1 Geschäftsstück.

Besonders hervorzuheben ist die Festsitzung des Wiener Landtages am 13. Mai aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Jahrestages der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages. Dieser Festsitzung wohnten der Herr Bundespräsident, der Herr Bundeskanzler, die Präsidenten des Nationalrates sowie der Vorsitzende und der 1. Vorsitzende-Stellvertreter des Bundesrates bei.

## Magistratsdirektion

Im Jahre 1980 bestand die Magistratsdirektion aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Ehrenzeichenkanzlei, Koordinationsbüro, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, Automatische Datenverarbeitung, Rechtsmittelbüro, Verwaltungstechnik, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und Stadthaudirektion.

Im Präsidialbüro wurde der Eingang von 6.182 protokollierten Geschäftsstücken verzeichnet. So wie in den



vergangenen Jahren mußte darüber hinaus eine beträchtliche Zahl von Schreiben erledigt werden, die aus verschiedenen Anlässen an den Herrn Bürgermeister gerichtet worden waren.

Das Repräsentationsreferat hatte 439 gesellschaftliche Veranstaltungen, 26 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 31 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 439 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 56.913 Gästen besucht, von denen 15.810 aus dem Ausland kamen. Im Hinblick auf ihre Besucherzahl sind die Empfänge anlässlich der Angelobung von rund 2.000 Wehrmännern vor dem Wiener Rathaus, 2 Jungbürgerbälle mit 2.400 Besuchern sowie die Empfänge anlässlich des 60jährigen Bestandsjubiläums der deutsch-österreichischen Außenhandelskammer (1.080 Teilnehmer), des 11. Kongresses der Internationalen Vereinigung für Brückenbau und Hochbau (1.270 Teilnehmer) und des XI. Kongresses der Europäischen Akademie für Allergologie und klinische Immunologie (1.100 Teilnehmer) besonders zu nennen.

Die Vorbereitung der In- und Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters und offizieller Delegationen der Stadt Wien sowie des Besuches ausländischer Delegationen in Wien und deren Betreuung während des Aufenthaltes in Wien war wieder ein weiterer Schwerpunkt in der Tätigkeit des Repräsentationsreferates.

Im Jahre 1980 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein: am 11. Februar S. E. der Ministerpräsident von Dänemark Anker *Jørgensen* und Gattin, am 6. März Regierender Bürgermeister von Berlin Dietrich *Stobbe*, am 2. Juni Seine Heiligkeit der Patriarch der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien und vom ganzen Osten Mar Ignatius *Yakub III*, am 25. September S. E. der Premierminister der Republik Frankreich Raymond *Barre* und Gattin sowie der Präsident der Versammlung der Stadt Belgrad Zivorad *Kovacevic* und am 11. November S. E. der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Erich *Honecker*.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses wurden folgende Ausstellungen gezeigt: vom 13. bis 25. Februar die Olympiasausstellung (7.350 Besucher), vom 7. Mai bis 8. Juni „Wetter — Teil unseres Lebens“ (12.430 Besucher), vom 23. Juni bis 5. Juli „Wie ein Buch entsteht“ (18.200 Besucher), vom 16. bis 21. September „Seniorenwoche“ (47.500 Besucher), vom 8. Oktober bis 2. November „1.300 Jahre Bulgarien“ (18.160 Besucher) und vom 21. November bis 26. Dezember die Weihnachtsausstellung (173.000 Besucher).

Folgende **E r ö f f n u n g e n**, Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden vorbereitet und durchgeführt: am 22. Februar wurde die Volks- und Hauptschule der Stadt Wien in 12, Am Schöpfwerk 27, am 3. März eine Zweigstelle der Städtischen Bücherei im Wohnpark Alt Erlaa, am 13. März das Kindertagesheim der Stadt Wien in 11, Dreherstraße 8, am 27. März die Volksschule der Stadt Wien in 22, Brioschweg 1, am 6. Mai der Tragwerkschluß der neuen Reichsbrücke und am 17. Mai das städtische Sommerbad Hadersdorf-Weildingau eröffnet. Die feierliche Eröffnung der Wiener Festwochen wurde am 15. Mai begangen. Am 30. Juni konnte die Hauptkläranlage Wien im Rahmen des Wiener Abwasserbeseitigungsprojektes — WABAS '80, am 30. August die U-Bahn-Linie „U 2“ vom Ringturm (Schottenring) bis Karlsplatz in Betrieb genommen werden. Am 12. September wurde die Feuerwache „Landstraße“, am 15. September die Seniorenwoche 1980 eröffnet. Am 27. September konnten die Verlängerung der Straßenbahnlinie 64 nach Siebenhirten sowie die Stadtbahnstation Thaliastraße in Betrieb genommen werden. Die Eröffnung der Ausstellung „Die Schätze des Rila-Klosters“ fand am 8. Oktober, die der Wohnstraße in 16, Wichtelgasse, am 23. Oktober statt. Am 26. Oktober konnten die Brücke über die Prager Straße im Zuge der Nordbrücke und der Verlängerung der S 2 zur Brünner Straße eröffnet und die Verlängerung der U-Bahn-Linie U 4 vom Karlsplatz bis Meidling in Betrieb genommen werden. Am 30. Oktober wurden das Kindertagesheim der Stadt Wien in 23, Porschegasse 17, Stiege 22, am 8. November die Reichsbrücke und am 15. November die generalsanierte Reinprechtsdorfer Straße ihrer Bestimmung übergeben. Die Inbetriebnahme der Verlängerung der Straßenbahnlinie 67 fand am 15. November, die Grundsteinlegung für die Pensionistenheime in 6, Loquaipplatz 6, und in 21, Jedlersdorfer Straße 98, am 26. November statt. Dem Verkehr freigegeben wurde das Straßenbauwerk Gutheil-Schoder-Gasse nach der Niveaufreimachung am 5. Dezember. Schließlich wurden am 16. und 19. Dezember die städtischen Wohnhausanlagen in 11, Kaiser-Ebersdorfer-Straße 290—292, und in 22, Anton-Sattler-Gasse 64—68, eröffnet, wobei die letztere die Benennung „Leopold-Horacek-Hof“ erhielt.

An 1.031 Neunzigjährige, 182 Fünfundneunzigjährige und an 46 Hundert- und Mehrjährige, somit an 1.259 Wiener Geburtstagsjubilar, wurden im Rahmen von Ehrungen die Anerkennungsabgaben der Stadtverwaltung überreicht. Weiters wurden 1 Juwelen-, 1 Gnadens-, 4 steinerne, 11 eiserne, 235 diamantene und 1.450 goldene, das sind insgesamt 1.702 Hochzeitsjubiläare, ins Wiener Rathaus zu Feiern eingeladen, wobei ihnen Erinnerungsdiplome überreicht wurden.

Das **Stenographenbüro** erstellte die Stenographischen Protokolle bei 7 Landtags- und 12 Gemeinderatssitzungen im Umfang von zusammen 1.324 Druckseiten sowie bei 40 Sitzungen der Landesregierung und des Stadtsenates die Protokolle von insgesamt 1.397 Maschinschreibseiten.

Der **Dolmetsch- und Übersetzungsdienst** sorgte für insgesamt 1.046 Übersetzungen aus 22 Sprachgebieten und war außerdem bei einer großen Zahl von Veranstaltungen und Besprechungen mit Dolmetscherdiensten betraut.



Wie in den vergangenen Jahren so lag auch im Jahre 1980 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit des Büros des Magistratsdirektors auf dem Gebiet des Verfassungsdienstes und des Legistischen Dienstes. 132 Gesetze und Verordnungsentwürfe des Bundes waren zu begutachten. Weiters wurden die Vorlagen von 37 Landesgesetzen, 13 Verordnungen der Landesregierung, 8 Verordnungen des Landeshauptmannes und 8 Kundmachungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen. Besonders zu erwähnen ist die Novelle zum Mietengesetz wegen der umfangreichen, komplexen und diffizilen Regelungen, die insbesondere auch in gesetzestechnischer Hinsicht große Anforderungen stellten.

Von den Landesgesetzen, die im Jahre 1980 vom Landtag beschlossen wurden, ist die Wiener Kinogesetz-novelle 1980 hervorzuheben.

Im Rahmen des Verfassungsdienstes und des Legistischen Dienstes war wieder eine Fülle von Rechtsgutachten in Einzelfällen zu erstellen und eine große Zahl von Anfragen zu beantworten.

Den Vorarbeiten für den Abschluß von Vereinbarungen nach Art. 15 a B-VG kam auch 1980 besondere Bedeutung zu. So konnten zum Beispiel die Vorarbeiten für die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch zum Abschluß gebracht werden. Die Vereinbarung über die Einsparung von Energie wurde von Wien gleichfalls abgeschlossen.

Durch das Büro des Magistratsdirektors wurden zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen 90 Erlässe herausgegeben.

Insgesamt 3.064 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen. Die Erledigung dieser Geschäftsstücke erfolgte durch das Büro des Magistratsdirektors, wobei in den meisten Fällen vorher Stellungnahmen der berührten Fachdienststellen eingeholt wurden.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte 13.718 Geschäftsstücke zu protokollieren.

Im Jahre 1980 waren auch Unterlagen für 2 Landeshauptmännerkonferenzen, 2 Konferenzen der Landtagspräsidenten, für 4 Landesamtsdirektorenkonferenzen — 2 ordentliche und 2 außerordentliche — sowie für 1 Magistratsdirektorenkonferenz vorzubereiten.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich des Büros des Magistratsdirektors stellte die Dienstaufsicht über die Leiter von Magistratsabteilungen und magistratischen Bezirksämtern, über Bedienstete mit Sonderaufgaben, Bedienstete der Magistratsdirektion, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder als Sondervertragsbedienstete im höheren Dienst tätig sind, sowie über alle sonstigen rechtskundigen Bediensteten und die Redakteure der Stadt Wien dar. Mit Stichtag 31. Dezember 1980 unterstanden 319 Bedienstete, davon 200 im rechtskundigen Dienst, dieser Dienstaufsicht. In deren Ausübung erfolgte 1980 eine Reihe von Aufnahmegesprächen mit Juristen. 12 Personen wurden in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen, 7 Bedienstete aus anderen Dienstaufsichtsbereichen übernommen sowie 26 Bedienstete versetzt. 23 Bedienstete sind ausgeschieden.

Das Büro des Magistratsdirektors hatte ferner in 8 Fällen die Ausschreibung für die Besetzung von leitenden Dienstposten durchzuführen. Im Zusammenhang mit den Postenausschreibungen waren auch die Sitzungen der Begutachtungskommission vorzubereiten.

Im Jahre 1980 haben sechs Bedienstete die Prüfung für den rechtskundigen Dienst mit Erfolg abgelegt.

Der Disziplinarkommission lagen 42 Fälle, der Disziplinarberufungskommission 8 Fälle zur Erledigung vor.

Im Rahmen der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates hatte das Büro des Magistratsdirektors vier Sitzungen des Landessanitätsrates vorzubereiten. Für 19 leitende ärztliche Stellen in städtischen Krankenanstalten mußten die Bewerber beurteilt werden. Dem Herrn Landeshauptmann waren in der Folge die Gutachten über diese Bewerber vorzulegen.

Das Referat für Auszeichnungen und Remunerationen hatte insgesamt 7.471 Remunervationsanträge sowie 2.216 Anträge auf Förderung zu bearbeiten.

Unter der Federführung des Büros des Magistratsdirektors konnten nach längeren Verhandlungen auch zwei Vereinbarungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten über die Verbesserung der Beförderungsrichtlinien für Bedienstete der Verwendungsgruppen C, D und E sowie für bestimmte Ärzte in den Pflegeheimen und Krankenanstalten abgeschlossen werden.

Dem Büro des Magistratsdirektors oblagen auch die Vorbereitung und Durchführung von zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen.

Im Rahmen der Fachaufsicht über die Schlichtungsstellen wurden zwei Besprechungen für Schlichtungsstellenleiter abgehalten.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW) sind 299 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingebracht worden. Die gegenüber dem Vorjahr erzielte Steigerung der Zahl an eingereichten Vorschlägen um 77 Prozent dürfte vor allem auf die Werbewirksamkeit der seit Februar 1980 auf den Gehaltszetteln aufgedruckten Hinweise auf das BVW zurückzuführen sein, die nach ihrem Erscheinen sofort Hunderte Telephonanrufe von interessierten Bediensteten zur Folge hatten. Die Gesamtzahl der seit der Institutionalisierung des Vorschlagswesens im Jahre 1970 eingereichten Verbesserungsvorschläge hat sich auf 1.702 erhöht. Erfreulicherweise ist aber auch die Qualität der Vorschläge gestiegen. Der Ausschuß



für das Betriebliche Vorschlagswesen hat 1980 in vier Sitzungen über 186 derartige Anregungen beraten. 48 Verbesserungsvorschläge wurden positiv bewertet und zur Prämierung vorgeschlagen. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug 96.900 S, die beiden höchsten Einzelprämien je 17.000 S.

Die Beratende EDV-Kommission hat elfmal getagt. Neben der Besorgung ihrer laufenden Aufgaben — hiezu zählt vor allem die Befassung mit Fragen der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrates mit dem Ziel, dem Magistratsdirektor in Form von Empfehlungen die Grundlagen für Entscheidungen zu geben — wurde in der letzten Sitzung des Jahres 1980 auch über die Fortschreibung des 1979 entwickelten mittelfristigen EDV-Konzepts um ein weiteres Jahr beraten.

Die **Magistratsdirektion-Ehrenzeichenkanzlei (MDE)** hatte im Bereich der Stadt- und Landesauszeichnungen 500 Akten, in dem der Bundesauszeichnungen 343 Akten zu bearbeiten. Gegenüber 1979 hat sich somit bei den Stadt- und Landesauszeichnungen eine Zunahme um 80 Prozent, bei den Bundesauszeichnungen eine um 32 Prozent ergeben.

Überreicht wurde das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Hofrat Dr. Georg *Schneider*, Landesamtsdirektor i. R. von Niederösterreich, und o. Univ.-Prof. Dr. Kurt *Komarek*, Chemiker.

Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Veterinärdirektor Dr. Walter *Jurcik*, Direktor Dipl.-Ing. Rudolf *Cabana*, Vizepräsident Abg. z. NR Helmut *Braun*, Abg. z. NR und Kammerat a. D. Karl *Wedenic*, Abg. z. NR Kammerat Sepp *Wille* und Abg. z. NR Kammerat Alfred *Ströer*.

20 Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden überreicht, darunter an Ehrenpräsident Dipl.-Ing. DDr. Georg *Mautner-Markhof*, Präsident Prof. Otto *Molden*, Generaldirektor Dr. Karl *Vak* und o. Univ.-Prof. Dr. Rudolf *Supperer*.

22 Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden vergeben, darunter an Handelsdelegierten Dr. Klaus *Lukas*, an Generaldirektor KmzL-Rat Narcis *Larger* und an Prälat Dr. Erwin *Hesse*.

46 Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien wurden überreicht, darunter an Prof. Alice *Gross-Jiresch*, Präsident Hofrat Dr. Josef *Mayerhöfer* sowie Abteilungsdirektor Leopold *Tröthann*.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien bekamen 14 Personen, darunter Funktionäre des Österreichischen Auto-Taxi-Verbandes.

Ferner wurden 2 Rettungsmedaillen und 267 Einsatzmedaillen vergeben, unter anderen auch zahlreichen Angehörigen freiwilliger Feuerwehren anlässlich des Großbrandes im Kaufhaus Gerngross.

3 Insignien der Ehrung „Bürger der Stadt Wien“ erhielten Vizekanzler und Bundesminister a. D. Präsident Dr. Dr. h. c. Fritz *Bock*, Vizebürgermeister a. D. Präsident Hans *Bock*, und Abg. zum NR und Staatssekretär a. D. Eduard *Weikbart*.

Der Ehrenring der Stadt Wien wurde o. Univ.-Prof. DDr. Dr. mult. h. c. Viktor *Frankl* überreicht.

16 Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold erhielten unter anderen Kammersängerin Lisa *Della Casa*, Direktor Prof. Rolf *Kutschera* und o. Univ.-Prof. Dr. Heinrich *Appelt*.

15 Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber wurden vergeben, darunter an Susanne *Almassy*, an Prof. Christine *Dimt-Busta* und an Prof. Oskar *Willner*.

Die Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Gold bekamen Zentralsekretär Robert *Risler* und Univ.-Prof. Dr. Walter *Spiel*.

Überreicht wurden außerdem auch Ehrenzeichen für Verdienste im Feuerwehr- und Rettungswesen sowie eine Reihe von Bundesauszeichnungen, die entweder von der MDE beantragt oder von Bundesdienststellen der MDE zur Überreichung übermittelt worden waren. Schließlich fand die Ehrung von Hausgehilfinnen statt.

Die Agenden der MDE wurden um die Vergabe der Anerkennungsprämie für die langjährige Tätigkeit von Hebammen sowie um die Bearbeitung der Akten betreffend die Verleihung von 83 Berufstiteln „Schulrat“ und 81 Berufstiteln „Oberschulrat“ erweitert. In diesem Zusammenhang mußten die entsprechenden Unterlagen zur Evidenz dieser Ehrungsformen erstellt und Karteien angelegt werden. Für die grundsätzliche einheitliche Regelung der Ehrungen arbeitete die MDE diverse Vorschläge und Entwürfe für Richtlinien aus, um neben der bereits vorgenommenen Vereinheitlichung des Prüfungsverfahrens auch die einheitliche und sinngemäße Anwendung der Richtlinien des Bundes bei der Graduierung der Auszeichnungen gewährleisten zu können. Des Weiteren konnten in einem wichtigen Bereich die Kosten für Auszeichnungen wesentlich reduziert werden. Durch die Vergabe des Auftrages, betreffend die Herstellung von Diplomen an die MA 20, wurden die diesbezüglichen Kosten um zwei Drittel des ursprünglichen Preises gesenkt. Auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen bei der technischen Durchführung aller Arbeitsvorgänge konnte eine wesentlich effizientere Vorgangsweise erzielt werden. Des Weiteren sind durch die Heranziehung verschiedener Dienststellen, Körperschaften bzw. Institutionen für gutachtliche Äußerungen die Vollständigkeit, Genauigkeit und Objektivität des Auszeichnungsverfahrens verbessert worden.

Die **Magistratsdirektion-Koordinationsbüro** hatte in Erfüllung der ihr übertragenen Agenden eine Reihe von grundlegenden, die Stadtentwicklung betreffenden Sachproblemen aufgegriffen und in umfassenden Berichten dargestellt sowie Lösungsvorschläge erstattet. Weiters mußte eine Fülle von einzelnen Koordinierungsmaßnahmen durchgeführt werden.



Im Jahre 1980 konnten die Arbeiten an den einzelnen Fachkapiteln des von der Geschäftsgruppe Stadtplanung erarbeiteten Stadtentwicklungsplanes im wesentlichen abgeschlossen werden. Das Koordinationsbüro erfüllt bei der Erstellung des Stadtentwicklungsplanes die Aufgabe, offene Fachfragen zwischen den einzelnen Ressorts abzustimmen, hatte selbst aber auch umfangreiche Ausarbeitungen vorgenommen. Bis Ende 1980 wurden alle 13 Kapitel des Stadtentwicklungsplanes abgeschlossen und den politischen Entscheidungsträgern vorgelegt. An einer Zusammenfassung des Stadtentwicklungsplanes, in der auf die wichtigsten Probleme, Tendenzen und Ziele auch in räumlicher Hinsicht eingegangen wird, wurde 1980 im Rahmen eines eigenen Arbeitskreises unter wesentlicher Mitwirkung der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro gearbeitet. Mit dem Stadtentwicklungsplan liegt nunmehr eine für die Tätigkeit des Magistrates umfassende Zusammenschau, insbesondere über die räumliche Stadtentwicklung, vor. Der Stadtentwicklungsplan bildet weiters auch die Grundlage für die Ausarbeitung detaillierter kleinräumiger Planungsgrundlagen, wie zum Beispiel für die Bezirksentwicklungspläne.

Ein Hauptanliegen auf dem Gebiet der Stadtentwicklung besteht in der Forcierung der Stadterneuerung. Das Koordinationsbüro hat nach Vorarbeiten, die bereits im Jahre 1979 geleistet wurden, 1980 eine umfassende Darstellung erarbeitet, in welchem Umfang in den einzelnen Verwaltungsbereichen bis 1978 von der Stadt Wien für die Stadterneuerung relevante Maßnahmen durchgeführt worden waren. Der Bericht dient als Grundlage für die Arbeiten des im Jahre 1980 gegründeten Stadterneuerungsbeirates.

In Anbetracht der Bedeutung der Stadterneuerung im Bereich der Stadt Wien wurde im Jahre 1980 von der Verwaltungsakademie über dieses Sachgebiet ein Arbeitsseminar durchgeführt, an dem Vertreter der mit der Ausführung von Stadterneuerungsmaßnahmen befaßten Dienststellen teilnahmen. Im Rahmen dieses Seminars wurden die Themen „Schaffung und Pflege innerstädtischer Grün- und Erholungsflächen“ bzw. „Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung von innerstädtischen Wohnvierteln und Mischgebieten“ behandelt sowie konkrete und praktikable Maßnahmen erarbeitet. Das Koordinationsbüro hat bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Seminars mitgewirkt, außerdem bei der Ausarbeitung des Seminarsberichtes die Federführung inne gehabt.

Vom Koordinationsbüro wurde weiters eine Übersicht über jene kommunalen Einrichtungen erstellt, die der Bevölkerung für Informationen und Beratung zur Verfügung stehen. Ferner wurde ermittelt, inwieweit die im Arbeitsprogramm des Wiener Gemeinderates vorgesehenen Maßnahmen und Zielsetzungen von den zuständigen Fachdienststellen bereits realisiert bzw. in Angriff genommen worden sind. In diesem Zusammenhang wurden unter anderem Vorschläge gemacht, in welcher Weise wichtige Angelegenheiten durch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit vorangetrieben werden könnten. Für einzelne Maßnahmen, wie zum Beispiel für die Umfunktionierung der Erdgeschoß-, Keller- und Souterrainwohnungen an verkehrsreichen Straßen, wurden vom Koordinationsbüro Untersuchungen eingeleitet.

Seit Herbst 1979 ist dem Koordinationsbüro die Aufgabe übertragen worden, grundsätzliche Angelegenheiten evident zu halten, die zwischen der Stadt Wien und den Bundesdienststellen in Verhandlung stehen. Im Zusammenwirken mit den betroffenen Dienststellen konnte eine Zusammenstellung der offenen Fragen Stadt Wien – Bund vorgenommen werden. Zur Koordinierung offener Fragen im Bereich der Stadt Wien wurden eigene Arbeitsgruppen eingesetzt, außerdem Vorschläge für die weitere Vorgangsweise erstellt. So wurden zum Beispiel die Frage der Novellierung des Bundesstraßengesetzes und die besonderen Probleme im Zusammenhang mit dem Neubau von Bundesstraßen in Ballungsräumen behandelt sowie Novellierungsvorschläge aus der Sicht der Stadt Wien ausgearbeitet. Vom Koordinationsbüro wurde auch das von den ÖBB an die Stadt Wien herangetragene Frachtenbahnhofskonzept einer Überprüfung unterzogen. In mehreren Gesprächen konnte mit den ÖBB eine Abstimmung über die Intentionen der Stadt Wien bei der Aufschließung von Betriebsflächen eingeleitet werden.

Im Rahmen der Gespräche Stadt Wien – Bund nehmen Fragen, die sich aus der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien ergeben, einen breiten Raum ein. Nach der Eröffnung des internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien im Donaupark im Jahre 1979 traten 1980 vor allem die Probleme der schulischen Versorgung der Kinder internationaler Beamter in den Vordergrund. Zur Lösung dieser Probleme wurde vom Koordinationsbüro sowohl im magistratsinternen Bereich als auch mit den zuständigen Dienststellen des Bundes im sogenannten Infrastrukturkomitee Verhandlungen geführt. Im Rahmen dieser Gespräche wurde ein Standort für die Errichtung eines Neubaus zur definitiven Unterbringung der internationalen Schule in 22, Prandaugasse – Siebeckstraße, vorgeschlagen. Somit konnte ein wesentlicher Schritt bei der Erfüllung der zwischen der Stadt Wien und dem Bund im Jahre 1979 geschlossenen Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG, betreffend die Errichtung einer internationalen Schule in Wien, gemacht werden.

Die Tätigkeit des Koordinationsbüros erstreckte sich wieder auf eine Vielzahl von weiteren Kontakten. So wirkte es im Rahmen einer OECD-Arbeitsgruppe an einem internationalen Vergleich über großstädtische Probleme sowie an Lösungsansätzen zu deren Bewältigung mit. Weiters haben Vertreter an internationalen Gesprächen der ECE-Gruppe der Berichterstattung für die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung einer Donau-Oder-Elbe-Verbindung teilgenommen. Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) wurde in allen die Stadtentwicklung betreffenden wichtigen Angelegenheiten mitgewirkt und bei den diversen Gesprächen



und Ausarbeitungen auf die wichtige Motorfunktion der Agglomerationen für Gesamtösterreich hingewiesen. 1980 konnten auch die Arbeiten des ÖROK-Unterausschusses „Donau-Ausbau“ abgeschlossen werden, in dem das Koordinationsbüro die Stadt Wien vertreten hat.

Wie in den vergangenen Jahren hat das Koordinationsbüro Forschungsvorhaben im Bereich der Stadt Wien für das Jahr 1981 aufeinander abgestimmt und die Forschungsschwerpunkte für die nächsten fünf Jahre mit den Fachdienststellen festgelegt. Das Ergebnis diente als Grundlage für die Budgetperlustrierung. In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation der Stadt Wien wurde darauf geachtet, daß nur die absolut notwendigen Arbeiten durchgeführt werden. Die im Koordinationsbüro aufgebaute Auftragsvidenz für Forschungsarbeiten im Bereich der Stadt Wien wurde weitergeführt, die im letzten Jahr fertiggestellten Arbeiten zusammengefaßt. Wichtige Forschungsergebnisse aus den Studien wurden allen daran interessierten Fachdienststellen zugänglich gemacht.

Das im Jahre 1978 gegründete Koordinationskomitee Bund/Land Wien für Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung, als dessen Geschäftsstelle das Koordinationsbüro fungiert, setzte seine Tätigkeit fort. Aufgabe dieses Komitees ist es, über gemeinsame Forschungsprojekte auf dem Gebiete der Rohstoffforschung, Rohstoffsicherung und der Erforschung alternativer Energien zu beraten, diese sachlich abzugrenzen und Finanzierungsfragen abzuklären. Neben den notwendigen internen Vorbereitungs- und Koordinierungsbesprechungen wurden zwei Sitzungen Bund/Land Wien abgehalten. Im Rahmen des Koordinationskomitees wurden im Jahre 1980 Untersuchungen über den Untergrund von Wien, über die Tragfähigkeit des Landschaftshaushaltes sowie eine Bildverarbeitung zur Umweltplanung und Umweltkontrolle in Wien gemeinsam finanziert.

Wien in den vergangenen Jahren wurden die Dienstreiseberichte wieder systematisch erfaßt und auf neu gewonnene Erkenntnisse hin durchgearbeitet. Insgesamt sind 333 Berichte zugegangen, von denen 204 an andere Dienststellen, die an diesen Reisen nicht teilgenommen haben, zur Information weitergeleitet wurden.

Im Jahre 1980 wurden ferner mehrere Forschungsarbeiten in Auftrag gegeben. Eine Arbeit über die Wiener und ihre Hochschulen zeigt auf, daß die Wiener zu diesen Einrichtungen eine außerordentlich positive Einstellung haben und dort arbeitende Personen auch ein hohes soziales Ansehen genießen. Diese Arbeit gab Anstoß für eine von der Zentralsparkasse mit den Universitäten durchgeführten Ausstellungs- und Vortragsreihe, in der über die einzelnen Universitätsbereiche berichtet wurde.

Weiters war auch eine Fülle von einzelnen Koordinationsmaßnahmen zu treffen. Zum Beispiel wurde gemeinsam mit den betroffenen Dienststellen die Vorgangsweise bei der baubehördlichen Bewilligung von Abgasstutzen für Außenwand-Gasöfen bzw. der Auswechslung von Fenstern neu geregelt. Unter der Federführung des Koordinationsbüros fanden mit dem Bund Gespräche statt, um nach dem Abbruch der im Weghuberpark provisorisch errichteten Bauten der UNIDO eine rasche Wiederherstellung der Parkanlage sicherzustellen.

Im Mai 1981 wird im gesamten Bundesgebiet die nächste Großzählung (Häuser, Wohnungen, Arbeitsstätten und Bevölkerung) durchgeführt. Diese Zählung dient unter anderem als wichtige Grundlage für die Verteilung von Abgaben. Um die reibungslose Abwicklung und ein exaktes Ergebnis der Zählung in Wien zu gewährleisten, wurden in einer Vielzahl von Gesprächen die Vorbereitungsarbeiten zusammen mit den zuständigen Fachdienststellen koordiniert.

In den Ende 1979 dem Koordinationsbüro angegliederten zwei neuen Aufgabenbereichen „Arbeitskreis Energie“ und „Koordinationsstelle Donauebene Wien“ wurde die Arbeit in vollem Umfang aufgenommen. Der „Arbeitskreis Energie“, der geschäftsstellenmäßig vom Koordinationsbüro betreut wird, hat im Jahre 1980 für die in Zukunft vorgesehenen Tätigkeitsschwerpunkte in einem Aktivitätenprogramm über Energieeinsparungen, in Arbeiten an alternativen Energiesystemen sowie in einem Aktivitätenprogramm über Vorschläge zu einem Substitutionsprogramm zusammengefaßt. Zur Bearbeitung der Fragen über Energieeinsparung und alternative Energiesysteme sind fünf Arbeitsausschüsse vorgesehen, von denen im Jahre 1980 bereits drei ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Der **A r b e i t s a u s s c h u ß 1** befaßte sich in sechs Sitzungen mit dem Problemkreis des Fernwärmeanschlusses von Wohnhäusern der Gemeinde Wien. Im November 1980 legte er einen zusammenfassenden Bericht vor, der aufzeigte, in welcher Form als Großversuch in den nächsten Jahren die Versorgung von insgesamt 1.500 Wohnungen in städtischen Wohnhäusern mit Fernwärme durchgeführt werden könnte. Der **A r b e i t s a u s s c h u ß 2** befaßte sich mit dem Einsatz der Sonnenenergie in Bädern und der Durchführung von Energieflußmessungen in Hallenbädern. 1980 wurden sechs Sitzungen abgehalten und zum Jahresende ein Bericht verfaßt. Über Anregung dieses Arbeitsausschusses wurde im Dianabad zusammen mit der Heizbetriebe-Wien-GmbH eine Meßanlage zur Kontrolle der Wärmepumpe mit den niedrigeren Fernwärmeverlauftemperaturen eingebaut. Ebenso wurde im Theresienbad eine Einrichtung zur Wärmemengenmessung vorgesehen. Die Energieflußmessungen sollen ein Jahr lang durchgeführt werden. Ferner wurden in installierten Solaranlagen in Kinderfreibädern Messungen vorgenommen und diese ausgewertet. Der **A r b e i t s a u s s c h u ß 3** befaßte sich mit Kontrollmessungen an Heiz- und Kombithermen sowie mit der Feststellung der Betriebswirkungsgrade in der Solaranlage in 23, Johann-Gottek-Gasse. In vier Arbeitssitzungen wurde das zukünftige Meßprogramm erarbeitet, das unter anderem Parallelmessungen an zwei Normalanlagen



als Abrechnungsbasis für die Solarhäuser vorsieht. Die im Bereich der Johann-Gottek-Gasse zu installierende Solaranlage wird vom „Arbeitskreis Energie“ geplant. Kontakte mit Herstellerfirmen für die Errichtung der Anlage wurden aufgenommen. Die Konstituierung der Arbeitsausschüsse 4 und 5 wurde im Jahre 1980 vorbereitet. Der Arbeitsausschuß 4 wird sich mit einem Gaswärmepumpenprojekt zur Auswertung der Wärme der Heilquelle Oberlaa befassen. Mit diesem Projekt könnten etwa 50 Prozent der Gasmenge, die derzeit von der Heilquelle Oberlaa, dem Tourotel und der AUA verbraucht wird, eingespart werden. Im Rahmen des Arbeitsausschusses 5 wird die Auswertung des Energieturbetriebes in der Solaranlage in 23, Johann-Gottek-Gasse, an die vier Einfamilienhäuser mit je 101 m<sup>2</sup> Wohnfläche angeschlossen sind, betreut werden. Vom „Arbeitskreis Energie“ wurden als Grundlage für Wärmebedarfsmessungen an die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik Wien ein Auftrag zur Auswertung der Gradtagszahlen in Wien für die Zeit 1913 bis 1979 vergeben sowie Vorarbeiten zur Erstellung von Meßsystemen für die Beurteilung von Hochleistungs-sonnenkollektoren durchgeführt.

Nach Kenntnisnahme des Abschlußberichtes über die generelle Planung für den Donaubereich Wien durch den Gemeinderat in seiner Sitzung vom 29. Oktober 1979 wurde die Koordinationsstelle Donaubereich Wien zur Erleichterung des Überganges von der Planungs- in die Realisierungsphase dem Koordinationsbüro angeschlossen, um dort in Abstimmung mit der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit ihre Tätigkeit fortzusetzen. Aufgabe der Koordinationsstelle Donaubereich Wien ist es, die festgelegten Gestaltungsprinzipien unter Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Geschäftsgruppen zu konkretisieren, die Abstimmung der Interessen der Benutzer innerhalb und außerhalb des Magistrats vorzubereiten, Nutzungsschwerpunkte zu entwickeln, diese entsprechend dem Nutzungskonzept räumlich zuzuordnen sowie Maßnahmen einzuleiten, damit fertiggestellte Abschnitte der Neuen Donau und der Donauinsel bzw. des rechten Stromufers der Bevölkerung übergeben werden können. Weiters sind Grundlagen für Vereinbarungen zwischen der Stadt Wien und dem Bund bzw. dem Land Niederösterreich zu erstellen.

Die Koordinationsstelle Donaubereich Wien hat 1980 im Rahmen des Koordinationsbüros ihre Tätigkeit voll aufgenommen und in Erfüllung der ihr übertragenen Aufgabenstellung eine Reihe von einzelnen Koordinationsmaßnahmen sowie koordinativen Aktivitäten zur Realisierung der generellen Fragen gesetzt. Im Jahre 1980 wurden fertiggestellte Abschnitte der Neuen Donau und der Donauinsel bzw. des rechten Stromufers der Bevölkerung für Freizeitaktivitäten zur Verfügung gestellt. So konnte beispielsweise der Nordabschnitt der Neuen Donauinsel vom Einlaufbauwerk bis zur Überfuhrstraße zu Beginn der Badesaison 1980 der Bevölkerung übergeben werden. Bauliche Einrichtungen, einschließlich sanitärer und Rettungseinrichtungen, wurden im Sinne eines Stützpunktes der Infrastruktur bei der Überfuhrstraße installiert. Bei diesem Stützpunkt ist es möglich, auch das Surfen zu erlernen, wobei die entsprechenden Geräte gemietet oder eigene Surfbretter eingestellt werden können. Weiters bestehen ein Boots- und Fahrradverleih sowie eine entsprechende gastronomische Einrichtung. Da die Einrichtung in diesem Abschnitt der Neuen Donau zum Teil auf niederösterreichischem Hoheitsgebiet liegen, wurde die Finanzierung gemeinsam mit dem Verein „Wien-Niederösterreich – Gemeinsame Erholungsräume“ getragen. Weitere Maßnahmen wurden auch in dem der Bevölkerung bereits zur Verfügung gestellten Südschnitt der Neuen Donau getroffen. Die starke Frequenz der nahe dem Wasser gelegenen Wege durch Erholungssuchende erforderte die Einrichtung eines eigenen Radweges auf der Dammkronen. Das Parkplatzangebot wurde um etwa 150 Stellplätze vergrößert. Im Jahre 1980 wurden von der Koordinationsstelle Donaubereich Wien entsprechend ihrer Aufgabenstellung die Nutzungsschwerpunkte im Bereich der Neuen Donau weiter ausgebaut. So wurden Überlegungen zum Segelhafen Nord, dessen Errichtung am linken Ufer der Neuen Donau etwa auf der Höhe der Anschlußstelle Strebersdorf der Donauuferautobahn vorgesehen ist, angestellt und eine diesbezügliche Untersuchung in Auftrag gegeben. Ähnliche Überlegungen erfolgten für den geplanten Motorboothafen unterhalb des Wehres 2. Weiters wurde ein generelles Projekt für die Promenade am Donauufer im Bereich Nußdorf in Auftrag gegeben. Im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen wurden besondere Vorkehrungen für eine behindertengerechte Ausgestaltung der Donauinsel und ihrer Einrichtungen getroffen. Die maximale Steigung der Rampen wurde mit 7 Prozent festgelegt, ferner konnten bestimmte Badeplätze sowie sanitäre Einrichtungen für Behinderte angelegt und eigene Parkplätze ausgewiesen werden. Um sicherzugehen, daß im Katastrophenfall (Hochwasser) oder bei größeren Unfällen im Bereich der Neuen Donau eine möglichst effiziente und rasche Information der Bevölkerung bzw. Hilfeleistung erfolgen kann, wurde mit den betreffenden Fachdienststellen die Ausarbeitung eines Alarm- und Einsatzplanes in Angriff genommen.

Mit der Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 13. Mai 1980, LGBl. für Wien Nr. 18, betreffend die Beschränkung des gemeinwirtschaftlichen Gebrauches und der Schifffahrt auf der „Neuen Donau“, wurden auch die rechtlichen Bedingungen für die Benützung der Neuen Donau geschaffen. Die Verordnung legt fest, daß bei Hochwasser (ab einem Pegelstand 5,5 m der Donau bei der Reichsbrücke) die Benützung der Neuen Donau im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung verboten ist. Zur Erhaltung der Wasserqualität der Neuen Donau wurde ein Verbot für mit Verbrennungsmotoren betriebene Schwimmkörper (Motorboote) nominiert. Von diesem Verbot sind lediglich Einsatz- und Erhaltungsfahrzeuge sowie begleitende Boote bei Großveranstal-



tungen ausgenommen. Um eine einheitliche Vorgangsweise in jenen Gebieten zu erreichen, die auf niederösterreichischem Hoheitsgebiet liegen, wurden mit dem Land Niederösterreich Gespräche geführt, die bewirken sollten, daß gleichlautende Verordnungen über die Benutzungsbeschränkungen auf der Neuen Donau sowie das Befahrungsverbot der Regulierungsanlagen und der Donauinsel mit Kraftfahrzeugen betreffend erlassen werden.

Da die Neue Donau sowie die Donauinsel in zunehmendem Ausmaß von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden, hat die Koordinationsstelle Donaubereich Wien bereits Vorkehrungen für die Ausarbeitung eines Veranstaltungskalenders 1981 getroffen. Dadurch sollen einerseits die Aktivitäten der verschiedenen Gruppen koordiniert werden, andererseits will man sicherstellen, daß rechtzeitig die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden.

Von der Koordinationsstelle Donaubereich Wien wurden im Jahre 1980 weitere grundsätzliche Überlegungen zur Klärung der Grundverhältnisse auf der Donauinsel, die zu etwa einem Drittel im Eigentum des Bundes und zu zwei Dritteln im Eigentum der Stadt Wien steht, angestellt sowie mit den Bundesdienststellen diesbezügliche Gespräche aufgenommen. Dieser Fragenbereich hat insofern Priorität, als er für die Ausarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes von entscheidender Bedeutung ist.

Von besonderer Wichtigkeit für die Realisierung des Hochwasserschutzes am Rechten Stromufer ist der Abschluß der Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) über die Inanspruchnahme von ÖBB-Grundflächen. Die Verhandlungen mit den ÖBB gestalten sich jedoch auf Grund des über 12 km langen Transaktionsgebietes und der äußerst schwierigen technischen Bedingungen, die zum Beispiel in der Verlagerung von Signal- und Gleisanlagen sowie in der Absiedlung von Bahneinrichtungen bestehen, äußerst kompliziert. Um die Kosten in diesem Bereich abschätzen zu können, wurde von der Koordinationsstelle Donaubereich Wien eine Studie in Auftrag gegeben, die die finanziellen Auswirkungen erfassen soll.

In das Jahr 1980 fiel das 30jährige Bestandsjubiläum der **Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie** der Stadt Wien in der Zweiten Republik. Als erste Bildungseinrichtung für den öffentlichen Dienst 1929 ins Leben gerufen, nahm die Verwaltungsakademie im Jahre 1950 ihre Tätigkeit wieder auf und erlebte seither einen lebhaften und dynamischen Aufschwung. Die Verwaltungsakademie entwickelte sich im Laufe der Zeit zur zentralen Bildungseinrichtung der Stadtverwaltung für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten, einschließlich deren Ausbildung für den Aufstieg in eine höhere Verwendungsgruppe, sowie für die Schulung von Führungskräften. Sie hat auch die Aufgabe, die Arbeit der dezentralen Ausbildungsstellen der Stadtverwaltung zu koordinieren und infolge ihrer organisatorisch-rechtlichen Stellung für eine zielgerechte und zweckmäßige Schulungstätigkeit in allen Bereichen der Stadtverwaltung zu sorgen. Die vom Gemeinderat zur Verfügung gestellten budgetären Mittel sind die finanzielle Grundlage für die Bildungstätigkeit. Investitionen auf diesem Gebiet zählen, wie Untersuchungen in vielen Unternehmen der Privatwirtschaft ergeben haben, zu den ertragreichsten.

Aus Anlaß der Wiedereröffnung der Verwaltungsakademie der Stadt Wien vor dreißig Jahren fand eine Festveranstaltung im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt, in der Bürgermeister Leopold *Gratz* und Magistratsdirektor Prof. Dr. Josef *Bandion* die Bedeutung der Bildungsarbeit der Verwaltungsakademie für die Stadtverwaltung hervorgehoben haben. Eine aus Anlaß dieses Jubiläums herausgegebene Festschrift gibt Aufschluß über wesentliche Aspekte der Verwaltungstätigkeit der Stadt Wien, über die Grundsätze der Aus- und Fortbildung der städtischen Bediensteten und über die von der Verwaltungsakademie in den einzelnen Verwaltungsbereichen bisher geleistete Bildungsarbeit.

Die Verwaltungsakademie ist im Frühjahr 1980 in das neue Amtshaus Stadiongasse übersiedelt. Hier befinden sich auch vier Kurssäle, während die übrigen der insgesamt auf 16 angestiegenen Kurs- und Seminarräume sowie die zwei Phontypiesäle in anderen städtischen Gebäuden situiert sind. Alle Säle sind mit modernen audiovisuellen Geräten ausgestattet. Die Mehrzahl der Säle ist so eingerichtet, daß sie nicht nur für Frontalvorträge, sondern auch für Veranstaltungen mit intensiver Mitarbeit, wie Gruppenarbeit und dgl., geeignet sind. Ein Phontypiesaal kann auf Grund seiner besonderen technischen Einrichtung auch als Sprachlabor verwendet werden. Bei Bedarf werden außerdem Konferenzräume städtischer Dienststellen für Schulungszwecke herangezogen. Darüber hinaus führt die Verwaltungsakademie auch eine Reihe von Seminaren in Hotels außerhalb von Wien durch, wenn dies zur Erreichung des Seminarzieles notwendig ist. Mit den Seminarhotels sind für die Stadt Wien günstige Verträge vereinbart worden, die aber auch der Fremdenverkehrswirtschaft Vorteile bringen, da die Seminare außerhalb der Hauptsaison stattfinden. Zwei Kurssäle konnten im Jahre 1980 neu möbliert werden. Die audiovisuellen Hilfsmittel für die Seminararbeit konnten durch die Anschaffung einer transportablen Farb-Videoanlage ergänzt werden.

Im Rahmen des **Ausbildungs- und Prüfungswesens** wurden bis Juni 1980 18 Vorbereitungskurse für die Dienstprüfungen abgeschlossen. Zu den Dienstprüfungen traten 127 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 284 Kanzleibedienstete an. Ab September wurden 20 Kurse geführt, zu denen 148 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 247 Kanzleibedienstete eingeteilt wurden. Außerdem fanden 7 Ausbildungslehrgänge in Maschinschreiben für neu aufgenommene Verwaltungsbeamte statt, wobei insgesamt 156





Der Ministerpräsident von Dänemark, Anker Jørgensen, wird von Bürgermeister Leopold Gratz im Rathaus empfangen, wo er sich in das Goldene Buch der Stadt Wien einträgt

#### Magistratsdirektion

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Dietrich Stobbe, bei seinem Besuch im Wiener Rathaus. Bürgermeister Leopold Gratz begrüßte den Gast







Anlässlich seines Österreichbesuches wird der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, von Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner im Rathaus empfangen

#### Magistratsdirektion

Festveranstaltung zum dreißigjährigen Bestehen der Verwaltungsakademie der Stadt Wien in der Zweiten Republik





Verwaltungsbeamte das Kursziel erreicht haben. Ein Kurs für den rechtskundigen Dienst, den 15 in den Dienst der Stadt Wien eingetretene Juristen besucht haben, konnte im Juni 1980 abgeschlossen werden.

Aus dem Skriptenstand der Verwaltungsakademie wurden den städtischen Bediensteten 19.385 Skripten, die als Lernbehelf für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und gleichzeitig als Arbeitsbehelf für die dienstliche Tätigkeit dienen, kostenlos zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 11.160 Skripten für den Dienstgebrauch ausgegeben, wobei den Dienststellen 105 verschiedene, auf den neuesten Stand gebrachte Skripten angeboten wurden.

Im Rahmen des neu erstellten Ausbildungsplanes für die Bürokaufmannslehrlinge der Stadt Wien wurden auch die Lehrlingsausbilder in Seminaren systematisch für ihre Aufgaben geschult, um eine bessere Betreuung der Lehrlinge und eine genauere Beurteilung ihrer Leistung während der Lehrzeit zu gewährleisten. Seit dem Jahre 1979 werden überdies für die Bürokaufmannslehrlinge in Ergänzung der schulmäßigen Ausbildung Refresher-Seminare veranstaltet, die der Auffrischung des Prüfungsstoffes für die Lehrabschlussprüfung dienen.

Die Ausgabe von Bildungsschecks an die Lehrlinge hat sich sehr bewährt und wird daher beibehalten. Jeder Lehrling erhält ein Scheckheft mit fünf getrennt einlösbaren Schecks im Nennwert von je 100 S, mit denen der Besuch von Veranstaltungen nach freier Wahl in den Wiener Volkshochschulen und beim Österreichischen Stenographenverband finanziert werden kann.

Die an die Grundausbildung anschließende berufsbegleitende Fortbildung stellt den Schwerpunkt in der Tätigkeit der Verwaltungsakademie dar. Fanden im Jahre 1970 insgesamt 26 Veranstaltungen statt, die von knapp 1.000 Bediensteten besucht wurden, so nahmen im Jahre 1980 7.000 Bedienstete an rund 300 Veranstaltungen teil. Dieser Vergleich gibt aber nur ein unvollständiges Bild, weil er weder die Strukturänderungen der Bildungsarbeit aufzeigt, noch den Umstand berücksichtigt, daß die Zahl der Veranstaltungen stark angehoben wurde, die sich über mehrere ganze Tage erstrecken oder durch Wochen und Monate an einem bestimmten Tag angesetzt sind. Keine Berücksichtigung in den Zahlen fanden auch Veranstaltungen, die von dezentralen Ausbildungsstellen der Stadt Wien, wie etwa im Bereich der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, mit Genehmigung der Verwaltungsakademie durchgeführt wurden. Die Zunahme der Bildungsarbeit ist daher wesentlich stärker, als sie sich in der Statistik ausdrückt. Die berufsbegleitende Fortbildung gliedert sich, vom Inhalt der Wissensvermittlung her betrachtet, in drei Sparten, und zwar in die berufs- und fachspezifische Fortbildung, in die berufsorientierte allgemeine Fortbildung und in die Schulung auf verhaltensmäßigem Gebiet.

Im Rahmen der berufs- und fachspezifischen Fortbildung gilt es, insbesondere die Fähigkeiten und Kenntnisse des Beamten in seinem jeweiligen beruflichen Aufgabenbereich zu vertiefen und zu ergänzen. Zu diesem Zwecke veranstaltet die Verwaltungsakademie regelmäßig Fortbildungskurse, in denen die Beamten nach erfolgreich abgeschlossener Grundausbildung das spezifische Wissen zur Erledigung der in der jeweiligen Dienststelle anfallenden Aufgaben erwerben. Das Programm dieser meist dienststellenintern geführten Kurse wird von der Verwaltungsakademie im engen Einvernehmen mit den Fachabteilungen festgelegt. Derartige Kurse eignen sich besonders für große Dienststellen, bei denen auf Grund einer regelmäßigen Zuteilung junger Bediensteter ein ständiger Bedarf an einer einheitlichen fachspezifischen Fortbildung besteht. Diese Kurse, die ein feststehendes Programm aufweisen und bei Bedarf durchgeführt werden, wurden etwa für Angehörige der automatischen Datenverarbeitung, des Buchhaltungsdienstes, der Spitalsverwaltung, der Heimkrankenpflege und der Wohnhäuserverwaltung sowie für Mitarbeiter in Personenstands-, Staatsbürgerschafts- und rechtlichen Verkehrsangelegenheiten abgehalten.

Neben diesen dienststellenintern geführten Kursen ist es aber immer wieder notwendig, Einzelveranstaltungen abzuhalten, um ganz spezifische Probleme zu behandeln, die durch die Änderung der Rechtslage, durch die Einführung neuer Organisationsmittel, durch zusätzlich übernommene Aufgaben, durch Organisationsänderungen oder durch besondere Prioritäten in den Zielsetzungen Aktualität erhalten haben. Solche Fortbildungsveranstaltungen hatten beispielsweise Probleme der Verkehrssicherheit, der Suchtgiftbekämpfung, der Lebensmittelkontrolle, der elektronischen Bauabwicklung und des Umweltschutzes zum Inhalt. Auch die durch die zuständigen Stellen (Rechnungshof, Kontrollamt, Verwaltungsrevision) in einzelnen Verwaltungsbereichen vorgefundenen Schwachstellen gaben immer wieder Anlaß, durch gezielte Schulungsmaßnahmen Verbesserungen herbeizuführen. Darüber hinaus wurden auch Kurse für die Erledigung bestimmter Verwaltungsaufgaben abgehalten, die in einer Vielzahl von Dienststellen Bedeutung haben. Dazu zählen laufende Schulungsveranstaltungen über Fragen der Budgeterstellung, der Kostenrechnung, des Datenschutzes, der Legistik, der Stadterneuerung, des Strahlenschutzes, des Brand-, Schall- und Wärmeschutzes, der Küchenhygiene, der Personalbelange usw.

Als sehr erfolgreich haben sich auch Seminare erwiesen, welche die Verwaltungsakademie für ausgewählte Beamtengruppen durchführt. In diesen Seminaren können vor allem Themen, die für den ausgewählten Personenkreis von besonderer beruflicher Bedeutung sind, behandelt und dabei die Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht werden. Auch die teilweise Mitwirkung der politischen Ressortleiter (Stadträte), die ihre Vorstellungen



über einzelne Verwaltungssparten darlegen konnten, hat sich als sehr fruchtbringend erwiesen. Zielgruppen dieser Veranstaltungen waren Primärärzte, ärztliche Direktoren, Spitalverwalter, Amtsärzte, Tierärzte, Jugendamtsleiter und Marktamtsabteilungsleiter.

Die Verwaltungsakademie leistet aber auch Hilfestellung, wenn es gilt, für bestimmte Verwaltungssparten Prioritäten festzulegen, neue Vorgangsweisen einzuführen, Entwicklungen zu prognostizieren und Richtlinien auszuarbeiten. Zu diesem Zwecke werden Referenten ausgewählt, die die Themenstellung von verschiedenen fachlichen Gesichtspunkten aus erläutern und überdies Moderatoren zur Erleichterung der Problemlösungen beistellen. An diesbezüglichen Veranstaltungen wären Seminare zur Ausarbeitung von Grundlagen für die Neuordnung des Liegenschaftswesens, für die Neugestaltung von Drucksorten sowie für spezielle Fragen der Sozialhilfe und der Stadterneuerung zu nennen.

Als Referenten der berufs- und fachspezifischen Wissensvermittlung stehen der Verwaltungsakademie hervorragende Verwaltungsfachleute vor allem aus dem Bereich der Wiener Stadtverwaltung zur Verfügung. Immer wieder wird aber auch auf auswärtige Referenten, sei es von den zuständigen Bundesministerien, sei es von den Universitäten oder sonstigen Bildungseinrichtungen zurückgegriffen. Die Verwaltungsakademie ist bestrebt, gerade auf diesem so wichtigen Zweig der Fortbildung einen besonders qualifizierten Stab von Referenten einsetzen zu können die Effizienz der Veranstaltungen zu verstärken. Vor allem für wiederkehrende Fortbildungsveranstaltungen werden von der Verwaltungsakademie zusätzlich auch selbst aufgelegte Skripten und Broschüren zur Verfügung gestellt.

Über die auf den beruflichen Aufgabenbereich bezogene Fortbildung hinausgehend, führt die Verwaltungsakademie auch berufsorientierte allgemeine Veranstaltungen durch, deren Besuch sämtlichen städtischen Bediensteten ohne Ansehen ihrer beruflichen Stellung freisteht. Diese Veranstaltungen dienen der Hebung des Wissensstandes der städtischen Bediensteten, um diese in die Lage zu versetzen, gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Zusammenhänge besser zu erkennen. Die allgemein zugänglichen Veranstaltungen, bei denen naturgemäß eine Berücksichtigung des Wissensstandes, der Vorbildung und der Praxis der Bediensteten nur im geringen Umfang möglich ist, weisen thematisch eine sehr breite Streuung auf. Schwerpunktmäßig gliedern sie sich in die Zyklen „Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und Verwaltungsführung“, „Bürotechnik“, „Wirtschaft“, „Energiewesen“, „Stadtplanung“, „Verkehr“, „Bauwesen“, „Gesundheit und Soziales“, „Umwelt und Umweltschutz“ und „Konsumentenschutz“. Außerdem werden Kurse über die elektronische Datenverarbeitung, über Erste Hilfe, über Maschinschreiben und Stenographie sowie Vorträge zu einzelnen Fachthemen und Exkursionen zu städtischen Einrichtungen angeboten.

Die zunehmenden internationalen Kontakte auf bilateraler und multilateraler Ebene haben zur Folge, daß immer mehr Angehörige der Verwaltung Fremdsprachenkenntnisse zur Erledigung ihrer Aufgaben benötigen. Diese Bedürfnisse werden von der Verwaltungsakademie durch Einzelunterricht für politische Mandatäre und leitende Bedienstete sowie durch Kleingruppenkurse abgedeckt. Darüber hinaus führt die Verwaltungsakademie im Rahmen ihres allgemeinen Veranstaltungsprogramms für alle Bediensteten auch Englisch- und Französischkurse durch. Der Besuch dieser Kurse, die erst nach Dienstschaftsbeginn, ist — wie bei allen Veranstaltungen der Verwaltungsakademie — für die Bediensteten mit keinen Kosten verbunden. Infolge der großen Anzahl der bildungswilligen Interessenten ist die Zahl der Sprachkurse im Jahre 1980 auf 15 Kurse, die auf die jeweiligen Vorkenntnisse der Teilnehmer abgestellt sind (Kurse für Anfänger, Fortgeschrittene, Konversationskurse), angestiegen. Der Besuch von fremdsprachigen Theateraufführungen und Übungen im Sprachlabor der Verwaltungsakademie ergänzen diesen Sprachunterricht. Das allgemeine Veranstaltungsprogramm der Verwaltungsakademie, das nach Winter- und Sommersemestern gegliedert ist, wird den Bediensteten fortlaufend durch Rundschreiben (Erlässe) und erstmals seit 1980 auch durch Plakate, die in den einzelnen Dienststellen angebracht werden, bekanntgegeben.

In der berufsbegleitenden Fortbildung hat sich überall die Erkenntnis durchgesetzt, daß mit einer fachspezifischen Wissensvermittlung allein nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Modernes Management, richtiges Führungsverhalten, die Fähigkeit zur Teamarbeit, der richtige Umgang mit Parteien, die Anwendung zweckmäßiger Arbeitsmethoden u. a. sind ebenso wie eine fundierte fachliche Qualifikation Voraussetzung für eine effiziente Verwaltungsarbeit. Die Verwaltungsakademie hat daher in ihrem Fortbildungsprogramm auch der Schulung auf verhaltensmäßigem Gebiet einen entsprechenden Platz eingeräumt.

Der Leistungsstand der Verwaltung wird nachhaltig durch die richtige Menschenbehandlung und Menschenführung bestimmt, wofür die Vorgesetzten die entscheidende Verantwortung tragen. Der Ausgangspunkt für eine erfolgreiche Verwaltungsführung liegt daher bei der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und nachgeordneten Mitarbeitern. Die Fortbildung der Kräfte, die mit Führungsaufgaben betraut sind, ist daher von besonderer Bedeutung. Ein ausreichendes Führungswissen und spezielle Kenntnisse für die Übernahme von Führungsfunktionen können im Rahmen der fachlichen Aus- und Weiterbildung nicht vermittelt werden. Die Fähigkeit, Menschen zu führen, erfordert Einfühlungsvermögen sowie psychologisches, soziologisches und pädagogisches Wissen. Darüber hinaus sind auch Kenntnisse auf dem Gebiet der Organisation, der Planung und



der Betriebswirtschaft sowie Verhandlungs- und Entscheidungstechniken besonders wichtig. Die Verwaltungsakademie veranstaltet daher seit dem Jahre 1978 fortlaufend eine derzeit aus zwei Seminarblöcken bestehende Führungskräfteschulung, die im Jahre 1980 von etwa 100 Dienststellenleitern bzw. deren Stellvertretern besucht worden ist. Diese nach modernsten psychologischen Erkenntnissen konzipierte Seminarreihe hat Führungsverhalten, Mitarbeitermotivation, sozialpsychologische Gruppenprozesse, Kooperationstraining usw. zum Inhalt. Die weiteren noch in Planung stehenden Seminarbausteine sollen Organisations- und Wirtschaftlichkeitsmethoden gewidmet sein.

Kanzleileiter, denen Führungsaufgaben in bezug auf das ihnen unterstellte Kanzleipersonal zufallen, werden von der Verwaltungsakademie zu Seminaren über „Motivation und Mitarbeiterführung“ eingeladen. In diesen Seminaren werden diesem Personenkreis Fragen eines zeitgemäßen Führungsstils, Motivationstheorien und ihre Anwendung, Teamarbeit und die Bedeutung des Gesprächs als Führungsmittel nahegebracht. In diesen Seminaren konnten 1980 etwa 40 Kanzleileiter geschult werden.

Ein wichtiges Anliegen einer möglichst bürgernahen Verwaltung muß es sein, ihre Mitarbeiter auf den richtigen Umgang mit dem Bürger hinzuweisen. Hierbei gilt es, den Mitbürger nicht als Objekt der Verwaltung, sondern als gleichberechtigten Partner anzusehen, dessen gerechtfertigte Wünsche von der Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten erfüllt werden sollen. Da das Ansehen, das eine Verwaltung bei der Bevölkerung genießt, im weiten Maße davon abhängig ist, in welcher Weise die Mitglieder der Verwaltung ihnen gegenüberzutreten und auf welche Weise sie von der Verwaltung behandelt werden, ist eine Schulung der Bediensteten auf diesem Gebiet besonders wichtig, zumal dadurch auch das Image einer Verwaltung stark verbessert werden kann. Die Verwaltungsakademie hat daher für viele Bedienstetengruppen, vor allem für solche, die im Bürgerdienst und im Parteienverkehr eingesetzt sind, im Jahre 1980 zehn Seminare über Verhaltenstraining in bezug auf den Umgang mit Menschen und auf den Parteienverkehr durchgeführt. Diese Veranstaltungen sollen in naher Zukunft auch noch wesentlich ausgeweitet werden.

Die Notwendigkeit der Lösung komplexer Aufgabenstellungen in der Verwaltung macht eine neue Form der Arbeitsweise erforderlich. Eine im wesentlichen arbeitsteilig organisierte Verwaltung verlangt von ihren Mitarbeitern geradezu die Fähigkeit zur Kommunikation und Kooperation. Aber auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit bei dienststellen- und ressortübergreifenden komplexen Maßnahmen, die nur in Teamarbeit bewältigt werden können, muß gelernt werden. Hilfestellung dazu bietet die Verwaltungsakademie durch die Möglichkeit der Teilnahme an Seminaren über gruppenspezifisches Kommunikationstraining. Diese Veranstaltungen zielen darauf ab, Reibungsverluste, die in der innerbetrieblichen Zusammenarbeit und Kommunikation entstehen, abzubauen und die Bereitschaft zur Kooperation zu fördern. Die Verwaltungsakademie veranstaltet derartige Seminare ganz gezielt für Personengruppen, die in ihrer beruflichen Tätigkeit auf Teilgebieten zusammenarbeiten haben. Dies bringt nämlich den zusätzlichen Vorteil, daß sich die einzelnen Bediensteten näher kennenlernen und während des Seminars gemeinsame Sachprobleme erörtern und Erfahrungen austauschen können. Darüber hinaus wird durch das Erkennen des Hintergrundes der von den einzelnen Dienststellen jeweils eingenommenen fachlichen Standpunkte das Verstehen der Gesamtzusammenhänge entscheidend verbessert. Im Jahre 1980 hat die Verwaltungsakademie vier Gruppendynamik-Seminare und zwei Auffrischungseminare für Mitarbeiter aus den Bereichen der Jugend- und Altenbetreuung, des Wohnhausbaus, der Wohnhäusererhaltung und der Stadterneuerung abgehalten. Die Erfahrungen mit diesen Seminaren haben den Beweis erbracht, daß das Seminarziel weitestgehend erreicht werden und vorher bestandene Schwierigkeiten kommunikativer Art abgebaut werden konnten.

Für den wichtigen Bereich der automatischen Datenverarbeitung hat die Verwaltungsakademie gemeinsam mit der dafür zuständigen Dienststelle, der MD-ADV, spezielle Seminare entwickelt. Ausgangspunkt der Überlegung war der Umstand, daß gerade die Umstellung einzelner Verwaltungsvorgänge auf die Datenverarbeitung einen intensiven Kontakt mit den betroffenen Dienststellen erfordert und eine naturgemäß oft verschiedene Sicht der Problemstellung und Problemlösung zu Mißverständnissen führen kann. Im Jahre 1980 wurden für Mitarbeiter der MD-ADV acht Seminare durchgeführt, in deren Rahmen das Rüstzeug für eine methodische und systematische Abwicklung von ADV-Projekten geboten wurde. Außerdem wurden auch Interview-, Konferenz-, Diskussions- und Präsentationstechniken vermittelt und sonstige Probleme der Kommunikation, die im Verkehr mit Vertretern anderer Dienststellen auftreten können, behandelt.

Die Verwaltungsakademie hat vor zwei Jahren den Versuch unternommen, spezielle Seminartypen allen Bediensteten ohne Bedachtnahme auf ihr Tätigkeitsgebiet und ihre dienstliche Stellung auf Grund der freiwilligen Meldung zugänglich zu machen. Angeboten wurden Seminare über Rhetorik und Arbeitstechnik, da beide Veranstaltungen vom Inhalt her allen Bedienstetengruppen wertvolle Hilfestellung für die berufliche Tätigkeit geben können. Durch den Besuch dieser Seminare soll auch die Bildungsbereitschaft der städtischen Bediensteten intensiver und das Interesse an zusätzlichen Bildungsveranstaltungen verstärkt werden. In den zwölf von der Verwaltungsakademie im Jahre 1980 durchgeführten Rhetorikseminaren geht es nicht um das Erlernen von Sprechtechniken, sondern um den Einsatz der Sprache als primäres Ausdrucksmittel in der Kommunikation. Zielsetzung ist die Steigerung der Fähigkeit, erfolgreich Gespräche zu führen, wirksam



zu argumentieren und sich situationsbezogen sach- und hörerorientiert zu verhalten. In den Arbeitstechnikseminaren werden Techniken und Instrumente zur besseren und effizienteren Aufgabenerfüllung vorgestellt, wie etwa Zeitplanung, Terminplanung, zweckmäßiges Arbeitsverhalten, Vermeidung von Störfaktoren usw. Diese Arbeitstechniken sind somit eine Form des Selbstmanagements, die jeder für sich anwenden kann. Insgesamt hat die Verwaltungsakademie im Jahre 1980 sieben Arbeitstechnikseminare, davon zwei Seminare in modifizierter Form für Mitarbeiter der ADV, durchgeführt.

Von besonderer Bedeutung ist die Verhaltensschulung in der Jugend- und Erwachsenenbetreuung. Gerade wegen der besonderen Problemstellung wurde für Mitarbeiter in der MA 11 — Jugendamt und der MA 12 — Sozialamt eine Reihe von Seminaren abgehalten, die speziell auf das jeweilige Aufgabengebiet abgestellt sind. Für Mitarbeiter im psychologischen Dienst standen persönlichkeitsbedingte Interaktionsprobleme und Interaktionsformen im Vordergrund; Leiter von Jugendheimen lernten etwa gruppenpädagogische Interventionstechniken für den Heimalltag sowie die Möglichkeiten und Grenzen des sozialen Lernens im Rahmen der Heimerziehung kennen; Erzieher wurden in die Methoden und Grundgegebenheiten erzieherischer Gesprächsführung und Kontaktnahme eingeführt. Sozialarbeiter wurden in Groupworkseminaren für gruppen- und gruppenpädagogische Vorgänge sensibilisiert; Mitarbeitern in der Ehe- und Familienberatung wurden moderne Beratungs- und Therapieformen nahegebracht; neue Gestaltungsmöglichkeiten für eine bevölkerungsnahe Sozialarbeit wurden in Seminaren über klientenzentrierte Gesprächstherapie, über soziale Gruppenarbeit und über Gruppendynamik in Form von Encountergruppen erarbeitet.

Seminare über Verhaltenstraining erstrecken sich grundsätzlich über mehrere Tage und müssen, um den gewünschten Erfolg zu erzielen, in einer Umgebung durchgeführt werden, die eine möglichst vollständige Abschirmung von der Tagesarbeit und den Alltagsproblemen gewährleistet. Diese Seminare werden daher von der Verwaltungsakademie extern in Heimen und Hotels in der Umgebung Wiens abgehalten. Die Verwaltungsakademie hat mit über zehn Hotels, die über die erforderlichen Seminareinrichtungen verfügen, Übereinkommen bezüglich der Seminarabwicklung getroffen. Hierbei konnten sehr günstige Konditionen vereinbart werden, da die Seminare in seasonschwachen Zeiten stattfinden und damit eine entsprechende Auslastung der Beherbergungsbetriebe ermöglichen. Die Beförderung der Teilnehmer zu und von den Seminarorten erfolgt mit magistratseigenen Kleinbussen. Die Unterweisungsmethode, die in diesen Seminaren angewendet wird, basiert auf dem Weg der Selbsterfahrung, d. h. daß die Seminarteilnehmer aus den in diversen Übungen und Rollenspielen aufgezeigten Verhaltensweisen Fehler selbst erkennen können. Wesentliche Unterstützung bietet hierbei der Einsatz der Videotechnik, da jeder Seminarteilnehmer auch sein Agieren nachträglich selbst beobachten und beurteilen kann. Diese Selbstkontrolle führt zumeist zu einem sehr nachhaltigen Lernprozeß, da er Aufschluß über die Wirkungen der eigenen Persönlichkeit auf andere bietet und die Abweichungen zwischen Selbsteinschätzung und Fremdbeurteilung (feed back) darlegt. Die intensive Arbeitsweise in diesen Seminaren, die vielfach bis in die späten Abendstunden reicht, macht eine Beschränkung der Teilnehmerzahl erforderlich. Im Regelfall werden daher von der Verwaltungsakademie nicht mehr als zwölf Teilnehmer zu einem Seminarbesuch eingeladen. Die Verwaltungsakademie verfügt über modernste audiovisuelle Hilfsmittel, die für diese Seminare bereitgestellt werden. Dazu gehören etwa drei transportable Videoanlagen, Overheadprojektoren, Flip Charts, Kassettenrekorder, Diaprojektoren usw. Für die Abhaltung dieser Seminare verfügt die Verwaltungsakademie über einen großen Referentenstab, der sich aus Universitätsprofessoren, Universitätslektoren und sonstigen für das jeweilige Gebiet besonders qualifizierten Fachleuten zusammensetzt.

Da die Verwaltungsakademie einen großen Überblick über die Veranstaltungsprogramme anderer Bildungseinrichtungen besitzt, konnte sie den Bediensteten durch die Gewährung von Kostenbeiträgen die Möglichkeit bieten, auch ausgewählte Veranstaltungen anderer Institutionen zu besuchen. Dies war insbesondere dann der Fall, wenn die Durchführung eigener Veranstaltungen im Hinblick auf die geringe Zahl der dafür in Frage kommenden Bediensteten nicht zweckmäßig gewesen wäre. Im Jahre 1980 betrug die Höhe der Zuschüsse, die 201 Bediensteten für den Besuch von Veranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen gewährt wurden, insgesamt 549.700 S.

Die über Auftrag des Herrn Bürgermeisters von der Verwaltungsakademie eingeleiteten Vorarbeiten an der Wiener Rechtsbereinigung befinden sich derzeit in einer entscheidenden Phase. Die von allen Dienststellen der Stadt Wien gemeldeten Rechtsvorschriften, deren aufrechter Bestand angenommen oder zumindestens nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden konnte, belief sich ursprünglich auf eine Zahl von 2.867 Regelungen. Als Ergebnis einer Bestandsaufnahme durch die Verwaltungsakademie verblieben etwa die Hälfte davon zur weiteren Bearbeitung. Jede einzelne dieser kartemäßig erfaßten Vorschriften wurde im Verlauf des Jahres 1980 jener Rechtsabteilung zur Prüfung zugeleitet, die nach der Geschäftseinteilung zur Behandlung der Materie zuständig ist. Aufgabe dieser Dienststellen war es, rechtsbegutachtend festzustellen, ob es sich um eine außer Kraft getretene, eine aufrechte, eine regelmäßig in Anwendung befindliche, eine der zusammenfassenden Publikation bedürftige, eine überarbeitungsbedürftige oder aber, um eine entbehrliche Vorschrift handelt. Dem Wesen der Rechtsbereinigung entsprechend, die nach einer aufarbeitungs- und überblickerleichternden Gestaltung solcher Stellungnahmen verlangt, erfolgte die Begutachtung unter Verwendung eines vorgegebenen Ant-



wortrasters. Das Auffinden von Normen nach obigen Auswahlkriterien wird dadurch in Form einfacher manipulativer Vorgänge möglich. Die Zugriffsmöglichkeit wurde noch durch eine Aufteilung der Regelungen in zehn große Rechtsgebiete, von denen einzelne wieder in Untergruppen gegliedert sind, erleichtert. Mit Jahresende 1980 konnten etwa zwei Drittel dieser sehr zeitaufwendigen Arbeitsvorgänge (immerhin handelt es sich um die Gliederung, geschäftseinteilungsmäßige Zuordnung und um die rechtliche Begutachtung von insgesamt 1.146 Vorschriften) abgeschlossen werden. Bis spätestens Mitte 1981 wird somit ein brauchbarer Handapparat für weitere Schritte der Rechtsbereinigung zur Verfügung stehen.

Um eine zielgerechte und erfolgreiche Bildungsarbeit zu leisten, muß die Verwaltungsakademie ständig die laufenden Entwicklungen in der Verwaltung verfolgen und die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung verwerten. Die Verwaltungsakademie sieht es daher als einen Erfolg ihrer bisherigen Tätigkeit an, daß der Wunsch zur Abhaltung von Schulungsmaßnahmen im verstärkten Maße von den Dienststellen an die Verwaltungsakademie herangetragen wird. Die stärker werdende Bildungsbereitschaft und Bildungsfreudigkeit der städtischen Bediensteten erlaubte es der Verwaltungsakademie auch im Jahre 1980, das Bildungsangebot entsprechend den Erfordernissen einer modernen und fortschrittlichen Verwaltung immer weiter auszubauen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Reform der Verwaltung zu leisten.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision (MD-VR)** hatte am 31. Dezember 1980 die **Dienstaufsicht** über 86 Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, acht Beamte des höheren Archivdienstes, 14 Beamte des höheren Bibliotheksdienstes, zwölf Beamte des höheren Dienstes in den Museen, weiters über 2.075 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 452 Fachbeamte des Erziehungsdienstes und Erzieher, 27 Erziehungsberater, 465 Fachbeamte des Fürsorgedienstes und Fürsorger, 187 Fachbeamte des Büchereidienstes und Büchereibedienstete, 101 Bedienstete der Automatischen Datenverarbeitung, ferner über 3 Ärzte, 2 Tierärzte, 17 Bedienstete der Stadtbauverwaltung, 3.418 Kanzleibeamte, 488 Amtsgehilfen, 42 Teilzeitbeschäftigte, schließlich über 303 Sondervertragsbedienstete, Heimaufseher, Kraftwagenlenker, Facharbeiter, Hilfskräfte usw., 671 Bürokaufmannslehrlinge und 26 bautechnische Zeichnerlehrlinge.

Von den insgesamt 8.397 der Dienstaufsicht unterstellten Bediensteten befanden sich am 31. Dezember 1980 152 im Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, 34 leisteten zu diesem Zeitpunkt den ordentlichen Präsenzdienst bzw. Zivildienst ab und 150 wurde ein Urlaub ohne Bezüge gewährt, in der Mehrzahl der Fälle als Fortsetzung des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft. In Ausübung der Dienstaufsicht wurden 2.164 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Dienstesentsagung, Kündigung oder Tod schieden 607 Bedienstete aus. Dieser Ausfall konnte weitgehend durch Neuaufnahmen oder durch Übernahme aus anderen Verwendungszweigen ausgeglichen werden. So bewarben sich 199 Maturanten um Aufnahme als Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 175 wurden nach Eignungsgesprächen aufgenommen. Der Bedarf an Kanzleibeamten wurde vorwiegend aus den Reihen der ausgebildeten Bürokaufmannslehrlinge, zum Teil aber auch durch Neuaufnahmen gedeckt. Der Krankenkontrolle wurde 2.320 Krankmeldungen von Bediensteten zur Überprüfung zugewiesen. In 805 Fällen mußte ein Hausbesuch durchgeführt, bei 359 eine amtsärztliche Untersuchung veranlaßt werden.

Von den 638 Jugendlichen, die nach ihrer Bewerbung zum Aufnahmetest als **Bürokaufmannslehrling** beim Magistrat der Stadt Wien eingeladen wurden, sind 553 zur Prüfung angetreten. 253 haben den Test bestanden und wurden zur Aufnahme vorgeschlagen. 223 davon, 189 Mädchen und 34 Burschen, haben ihre Ausbildung im August und September begonnen. Von den 22 zum Aufnahmetest geladenen Bewerbern um eine Anstellung als bautechnische Zeichnerlehrlinge sind 16 zur Prüfung angetreten. Neun haben diese bestanden und gleichfalls im September die Lehrausbildung begonnen. Insgesamt standen am 31. Dezember 1980 697 Jugendliche, die vom Lehrlingsreferat betreut wurden, in einem Lehrverhältnis zu Stadt Wien, und zwar 671 Bürokaufmannslehrlinge (221 im ersten, 227 im zweiten und 223 im dritten Lehrjahr) und 26 bautechnische Zeichnerlehrlinge (9 im ersten, 7 im zweiten und 10 im dritten Lehrjahr). 248 Bürokaufmannslehrlinge und 8 bautechnische Zeichnerlehrlinge haben ihre Lehrzeit mit „ausgezeichnetem“ Erfolg abgeschlossen, 66 mit „sehr gutem“ Erfolg. Zur Lehrabschlußprüfung in der Wiener Handelskammer haben sich 243 Kandidaten angemeldet, davon sind 218 zur Prüfung angetreten, 193 bestanden die Prüfung, 23 davon mit „ausgezeichnetem“ Erfolg; 19 treten zu einem späteren Termin an. In der Zentralen Ausbildungsstelle für Lehrlinge wurden 255 Bürokaufmannslehrlinge in 14tägigen Turnussen nach den Richtlinien des Berufsausbildungsgesetzes unterwiesen. Erstmals wurden auch die bautechnischen Zeichnerlehrlinge, 7 im ersten und 9 im zweiten Lehrjahr, in diese Zusatzausbildung integriert. Die Lehrlinge wurden mit dem Aufbau des Magistrates vertraut gemacht, hörten Vorträge entsprechend den Ausbildungsrichtlinien, nahmen an Exkursionen teil und wurden zu einschlägigen Übungen und Arbeiten herangezogen.

Lehrlinge, die auf Grund ihrer schulischen Erfolge und arbeitsmäßigen Leistungen in den Vordergrund traten, sind besonders ausgezeichnet worden. So wurden 81 Vorzugsschüler (77 Bürokaufmannslehrlinge und 4 bautechnische Zeichnerlehrlinge) vom Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu einer Stadtrundfahrt, an die anschließend noch eine Jause gegeben wurde, eingeladen ebenso wie 36 ausgebildete, junge Bedien-



stete (34 Kanzleibedienstete und 2 Bedienstete des technischen Dienstes), die zu einem Mittagessen in den Rathauskeller kamen. 154 Lehrlinge im dritten Lehrjahr (147 Bürokaufmannslehrlinge und 7 bautechnische Zeichnerlehrlinge) erhielten Remunerationen im Wert von je 1.100 S.

Die bewährte Aktion „Bildungsscheck“ wurde gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie weitergeführt. Alle im Jahr 1980 aufgenommenen Bürokaufmannslehrlinge und bautechnischen Zeichnerlehrlinge erhielten diese Gutscheine im Wert von je 500 S, mit denen während der gesamten Lehrzeit Kurse an Wiener Volkshochschulen oder beim Österreichischen Stenographenverband belegt werden können.

Gemeinsam mit der MD-Verwaltungsakademie wurden wieder zwei zweitägige Seminare für Ausbilder durchgeführt. Weiters wurden für alle Bürokaufmannslehrlinge des dritten Lehrjahres Vorbereitungsseminare für die Ablegung der Lehrabschlussprüfung abgehalten. Als Vortragende konnten Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gewonnen werden. In Zusammenarbeit zwischen Berufsschule, Bildungsreferat der Gewerkschaft, MD-Verwaltungsakademie und Lehrlingsreferat wurden wieder mehrere Nachhilfekurse in Kurzschrift und Maschinschreiben abgehalten wie auch in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie zwei Rechtschreibkurse.

Die Bediensteten des Lehrlingsreferates der MD-Verwaltungsrevision haben auch 1980 wieder zahlreiche Kontaktgespräche mit Lehrlingen, deren Eltern und den Ausbildern geführt, vor allem anlässlich der Aufnahmen und der halbjährlichen Zuteilungsänderungen, um ein allen Teilen gerecht werdendes Ausbildungsniveau und somit ein zufriedenstellendes Ausbildungsziel zu erreichen. Zur Förderung der Berufsausbildung wurde so wie alle Jahre ein Wettbewerb in Stenographie und Maschinschreiben für städtische Bedienstete veranstaltet. Von den 2.039 abgegebenen Arbeiten wurden 1.064 mit Diplomen bedacht, außerdem 150 Preise verliehen.

Auch im Jahre 1980 nahmen Bedienstete der MD-Verwaltungsrevision an einer großen Anzahl von Besprechungen und Revisionen teil oder führten diese selbständig durch, wozu insgesamt 1.255 Einzelleistungen erforderlich waren. Auf Grund der Überprüfungsergebnisse konnte wieder eine größere Anzahl von Dienstposten eingespart werden. Ferner wurden rund 2.100 Anträge auf Zuerkennung von Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen gestellt, die in Teilrevisionen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen waren. Als Ergebnis dieser Revisionen konnte vor allem bei den Personal- und Bauzulagen eine Reduktion vom beantragten Ausmaß um rund 20 Prozent erreicht werden. In zahlreichen Besprechungen wurden die Bedenken der MD-Verwaltungsrevision hinsichtlich neuer oder bestehender Zulagen des Nebengebührenkataloges in der MA 1 dargelegt, wodurch in einigen Fällen die Schaffung neuer Zulagen verhindert bzw. der Wegfall nicht mehr berechtigter Zulagen erreicht werden konnte.

Für die Durchführung der Volksbefragung vom 16. bis 18. März 1980, für die der Bundespräsidentenwahl am 18. Mai 1980 und von zwei Volksbegehren in der Zeit vom 3. bis 10. November 1980 mußte den magistratischen Bezirksämtern das erforderliche Aushilfspersonal zur Verfügung gestellt werden. Auch die Vorerhebungen für die Großzählung 1981 im Herbst 1980 konnten von den städtischen Dienststellen nicht mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden. Insgesamt wurden zur Mithilfe bei diesen Sonderaktionen 65 Aushilfsbedienstete zur Verfügung gestellt. Für die Volksbefragung wurden in 223 Annahmestellen 669 Bedienstete, für die Bundespräsidentenwahl in 2.785 Wahlsprengeln 7.355 Bedienstete und für die Volksbegehren in 188 Eintragungsstellen 752 Bedienstete eingeteilt. Für die Agrarstatistischen Erhebungen am 3. März, 1. Juni, 4. September und 4. Dezember 1980 mußten gleichfalls den magistratischen Bezirksämtern 34 Bedienstete zur Unterstützung bei der Durchführung dieser Erhebungen zugeteilt werden.

Die Volksanwaltschaft, die mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, LGBl. für Wien Nr. 14/1978, auch für den Bereich der Verwaltung des Landes Wien für zuständig erklärt wurde, hatte 163 Beschwerden dem Landeshauptmann für Wien zur Kenntnis gebracht. Die MD-Verwaltungsrevision hat diese Beschwerden überprüft, bearbeitet und der Volksanwaltschaft Mitteilung erstattet. Die Beschwerden konnten zumeist mit einer Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. In den Fällen, in denen die Beschwerden als berechtigt befunden worden sind, wurde der Beschwerdegrund durch Weisungen an die Dienststellen abgestellt. Weiters waren 115 Dienstaufsichtsbeschwerden zu behandeln. In der Mehrzahl der Fälle wurde von der Bevölkerung ein unsachliches, schwerfälliges Vorgehen einzelner Bediensteter bzw. einer Dienststelle kritisiert. Durch umgehende Erhebungen — meist in Form von Überprüfungen an Ort und Stelle — konnte der Sachverhalt jeweils rasch festgestellt werden. In einigen Fällen handelte es sich lediglich darum, kleine Unzukömmlichkeiten abzustellen oder Mißverständnisse seitens des Beschwerdeführers aufzuklären. In vielen Fällen war es jedoch erforderlich, durch koordinierende Maßnahmen zwischen mehreren beteiligten städtischen Dienststellen dem Beschwerdeführer schnell und möglichst unbürokratisch zu seinem Recht zu verhelfen. Ferner wurden 35 Kontrollamtsberichte bearbeitet, dabei vor allem problematische Fälle auf dem Gebiet der Gebarungsvorschriften sowie der Sicherheitskontrolle behandelt. Die Zahl der Anträge betreffend Kilometergeld belief sich auf über 700. Um den finanzrechtlichen Vorschriften besser zu entsprechen, wurden die Richtlinien für die Gewährung und Abrechnung der Kilometergelder überarbeitet. Die erlaßmäßige Regelung dieser Materie hatte zur Folge, daß trotz vermehrter Anträge neuerlich Einsparungen erzielt werden konnten, obwohl die Kilometersätze im Jahr 1980 zweimal angehoben wurden. Aus diesem Grunde wurden auch die für Kilometergelder bud-



getierten Mittel nicht aufgebraucht, da den Dienststellen nahegelegt wurde, notwendige Dienstfahrten im innerstädtischen Bereich wegen der zunehmenden Verkehrsdichte, der Parkplatzmiete sowie aus energiepolitischen Gründen im verstärkten Maße mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchzuführen. Da jede Dienstverrichtung außerhalb vom Dienort eine zu genehmigende Dienstreise darstellt, wurde insbesondere bei den Dienstreisen im Inland unter Bedachtnahme auf Revisionsergebnisse im Jahre 1980 ein besonders strenger Maßstab angelegt, so daß die Anzahl gegenüber dem Vorjahr neuerlich um rund 30 Prozent verringert werden konnte.

Trotz erhöhter Fahrpreise und Diäten konnten daher neuerlich Einsparungen erzielt werden, obwohl streng geachtet wurde, daß dienstliche Obliegenheiten, wie beispielsweise die Betreuung von Baustellen außerhalb von Wien, nicht vernachlässigt werden.

Die Tätigkeit des Referates für Sofortmaßnahmen innerhalb der MD-Verwaltungsrevision gliedert sich aus arbeitstechnischer Sicht in die Bereiche „Sofortmaßnahmen“ und „Mobiler Bürgerdienst“. Dem Referat für Sofortmaßnahmen obliegt es, den Wünschen, Anliegen und Beschwerden der Bevölkerung, die an die Wiener Stadtverwaltung herangetragen werden, nachzugehen, diese zu überprüfen und möglichst einer positiven Erledigung zuzuführen. Dabei stand, sobald durch Zeitungsmeldungen oder andere Massenmedien Unzukömmlichkeiten aufgezeigt wurden, eine schnelle und unbürokratische Erledigung im Vordergrund. Insgesamt 732 Geschäftsstücke fielen im Bereich der Sofortmaßnahmen an, wobei der Rückgang der Zahl der Fälle gegenüber dem Vorjahr auf die nunmehr volle Arbeitsleistung des Referates „Bürgerdienst“ in der Geschäftsgruppe Kultur und Bürgerdienst samt seinen Außenstellen sowie auf die Protokollierung von einlangenden Poststücken auf bereits bestehende Vorzahlen zurückzuführen ist. Der größte Teil der Beschwerden bzw. Anregungen wurde dem Referat im Wege von an den Bürgermeister, an diverse Ombudsman-Redaktionen oder an Bezirksvorsteher gerichteten Schreiben zur Kenntnis gebracht. In vielen Fällen gaben auch eigene Wahrnehmungen oder Zeitungsartikel Anlaß zum Einschreiten. 91 Prozent der Geschäftsfälle konnten einer positiven Erledigung zugeführt werden. Die Beschwerdeführer bzw. die Betroffenen wurden meist durch ein persönliches Gespräch von der Erledigung benachrichtigt. Wegen ihrer Breitenwirkung und des Arbeitsaufwandes sind besonders hervorzuheben die Beschaffung von provisorischen Unterkünften für die zu Schaden gekommenen Mieter bei mehreren Wohnungsbränden, die provisorische und definitive Unterbringung der Mieter des eingestürzten Hauses in 15, Beckmannsgasse 52, die notstandspolizeiliche Abtragung des einsturzgefährdeten Hauses in 6, Stumpergasse 6; weiters die notstandspolizeiliche Räumung des Hauses und des Grundstückes in 16, Roterdstraße 15, sowie des Hauses und des Grundstückes in 23, Paminagasse 42, ferner die Kontrolle und Sanierung diverser Gastarbeiterquartiere in Wien, die Überprüfung und Schließung eines Beherbergungsbetriebes in 14, Salisstraße 3, gemeinsam mit der Fremdenpolizei, die Abtragung von frei zugänglichen einsturzgefährdeten Getreidesilos in 22, Pilotenweg; schließlich die Sanierung von Schäden durch Nässe in Gemeindefohnungen gemeinsam mit der MA 27, die Fertigstellung eines Kinderspielplatzes im 22. Bezirk sowie die Überprüfung bestehender Parkverbotszonen nach § 92/2 Straßenverkehrsordnung auf ihre weitere Notwendigkeit.

Die Koordination zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen bei Sofortmaßnahmen und die Zusammenarbeit mit den diversen Ombudsman-Redaktionen der Tageszeitungen werden auch im Jahre 1981 zentraler Arbeitsbereich des Referates für Sofortmaßnahmen sein. Gleichzeitig werden Untersuchungen über geeignete Modelle angestellt werden, die die Koordination von allen mit Beschwerden und Anregungen befaßten Dienststellen des Magistrates ermöglichen sollen. Die Bediensteten dieses Referates sind auf Grund ihrer Ausbildung und Ausstattung in der Lage, auch bei eigenen Wahrnehmungen Sofortmaßnahmen zu treffen, wodurch verschiedene Beschwerden im Vorhinein vermieden werden können.

Die 11.090 Wahrnehmungen (Meldungen) und 11.009 Erledigungen des „Mobilen Bürgerdienstes“ betrafen in erster Linie kennzeichenlose Autos, die auf öffentlichem Gut in den Straßen Wiens abgestellt waren. Der Abtransport wurde in allen Fällen umgehend veranlaßt, in 478 Fällen mußten Strafverfahren eingeleitet werden.

Zur Sicherung von Baustellen hatte der „Mobile Bürgerdienst“ mit insgesamt 131 Ersatzvornahmen in 1.039 Fällen mit Strafanzeige vorzugehen. 1.712 Wahrnehmungen oder Meldungen kamen aus der Bevölkerung, davon ein Großteil über die Stadtinformation. Eine große Zahl von Maßnahmen, wie zum Beispiel die Sprengung eines Felsblockes oberhalb des Abenteuer-Spielplatzes in 19, Gspöttgraben, die Sicherung einer einsturzgefährdeten Straßenstützmauer in 19, Sieveringer Straße, gemeinsam mit der MA 68, die Sperrung und Umlenkung des Verkehrs nach einem Erdrutsch in 17, Höhenstraße, die Schaffung von Lärmschutzvorrichtungen auf verschiedenen städtischen Baustellen gemeinsam mit der bauausführenden Firma sowie der Abbruch eines einsturzgefährdeten Privathauses in 23, Breitenfurter Straße 380, mußten veranlaßt bzw. durchgeführt werden.

Die Aktionen des „Mobilen Bürgerdienstes“, die auch der jeweiligen Jahreszeit entsprechend präventiv und schwerpunktmäßig angesetzt werden, sind von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So soll einerseits durch Information Verständnis in der Bevölkerung hervorgerufen werden, durch deren Mitarbeit andererseits jedoch eine weitere Aktivierung der zuständigen Fachdienststellen erzielt werden. Typische Fälle werden mit dem Ziel analysiert, Maßnahmen daraus abzuleiten, die künftig zu einer Verringerung ähnlicher Mängel beitragen. Für 1981 sind eine Fortsetzung der Schwerpunktprogramme in den Bezirken, aber auch der Ausbau mögli-



cher Maßnahmen vorgesehen, um rasch und unbürokratisch auf einlangende Bürgerwünsche reagieren zu können. Die Zusammenarbeit mit dem Referat Bürgerdienst innerhalb der Geschäftsgruppe „Kultur und Bürgerdienst“ soll im Jahre 1981 weiter intensiviert werden.

Im Jahre 1980 erhöhte sich der Personalstand der **Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation (MD-VO)** von 31 auf 32 Bedienstete. Von diesen 32 Bediensteten waren 16 in der zentralen Postverteilstelle des Magistrates (Zentralexpedit) eingesetzt, während für die eigentlichen Organisationstätigkeiten 16 Bedienstete, davon 5 Mitarbeiter im Kanzleibereich, eingesetzt waren. Ein Fachbeamter des Verwaltungsdienstes war größtenteils mit Arbeiten befaßt, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bereichsleiters für den Praxisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Bezirk im Rahmen der Magistratsdirektion standen. Wie in den vergangenen Jahren konnten trotz des für eine Organisationsabteilung geringen Personalstandes die umfassenden Aufgaben der Dienststelle im wesentlichen erfüllt werden.

Im Jahre 1980 wurden einige größere Organisationsprojekte in Angriff genommen und abgeschlossen, weiters Vorhaben zum Abschluß gebracht, deren Beginn in die Jahre 1978 und 1979 zurückreicht. Bei großen Organisationsvorhaben ergibt sich jedoch die Notwendigkeit einer nachgehenden Betreuung auch über den Zeitpunkt des eigentlichen Abschlusses hinaus. Zu den wichtigsten Organisationsvorhaben des Jahres 1980 zählt die Neuorganisation im baupolizeilichen Bereich. Ausgangspunkt für die Neuorganisation der Dienststellen im baupolizeilichen Bereich war die Überlegung, eine eigene Dienststelle für die Durchführung von Revisionen zu schaffen. Die Aufteilung der baupolizeilichen Agenden (Baupolizei, Feuerpolizei, Gewerpolizei) war historisch entstanden und sollte nun grundsätzlich reformiert werden. Die wesentlichen Punkte der Neuorganisation bestehen darin, daß die MA 36 in Hinkunft für das gesamte Stadtgebiet von Wien die Aufgaben der technischen Gewerbeangelegenheiten sowie der Feuerpolizei besorgen wird. Neben der Beistellung von Sachverständigen für alle gewerbebehördlichen Betriebsanlageverfahren wird die Abteilung in erster Linie selbständig Revisionen und Überprüfungen vornehmen. Somit ist zu erwarten, daß in Hinkunft häufiger Revisionen durchgeführt werden können, gleichzeitig aber durch die Zusammenziehung von Sachverständigen mehrerer Dienststellen in der MA 36 auch die Leistungsfähigkeit dieser Dienststelle wesentlich größer wird. Für besonders wichtige Aufgaben wurde im Rahmen der MA 36 die Möglichkeit vorgesehen, ad hoc zusammengesetzte Kommissionen einzurichten, die mit hoher Präzision und großer Beschleunigung besonders gefährdete Betriebe oder Einrichtungen zu überprüfen in der Lage sind und somit einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in der Bundeshauptstadt Wien leisten können. Als erste derartige Kommission wurde gegen Ende 1980 die Hotelkommission eingerichtet, die ihre Arbeit mit Beginn 1981 aufnehmen wird. Im Bereich der Baupolizei erfolgte eine Zusammenfassung aller Kompetenzen, so daß ab der Änderung der Geschäftseinteilung mit 1. Jänner 1981 eine einheitliche Dienststelle für alle baupolizeilichen Angelegenheiten in Wien zur Verfügung steht, soweit es sich nicht um besondere Aufgaben handelt, die weiterhin von der MA 35 wahrgenommen werden. Die grundsätzliche Strukturreform im Bereich der Baupolizei, die eine wesentliche Veränderung gegenüber den bisherigen Prinzipien darstellt, läßt hoffen, daß die Arbeit der Baupolizei und der technischen Gewerbebehörde in Hinkunft noch wesentlich effizienter durchgeführt werden kann.

Die Arbeit an der Reorganisation der MA 18 wurde fortgeführt und zu einem Abschluß gebracht. Diese Abteilung ist nunmehr nach neuen Grundsätzen strukturiert, die Organisationsentwicklung wird weitergeführt werden. 1980 wurde ein Projektsteuerungsmodell entwickelt, das die laufende Betreuung von Planungsprojekten sicherstellen soll.

Im Rahmen der im Jahre 1979 begonnenen Organisationsuntersuchung hinsichtlich der magistratischen Bezirksämter ergaben sich folgende Ansatzpunkte für die Organisationsentwicklung: Es ist notwendig geworden, daß der Bezirksamtsleiter von routinemäßig zu erledigenden Tätigkeiten (Delegation als Recht, aber nicht als Pflicht) entlastet wird. Bestimmte Agenden sollen von der Ebene der A-Beamten auf die der B-Beamten, von der der B-Beamten auf die Ebene der C/D-Beamten verlagert werden. Die Routinearbeiten in der Kanzlei sollen in weiterer Zukunft von Textverarbeitungsmaschinen übernommen werden. Ferner wurde ein Delegationsmodell für die Beamten erarbeitet, deren Dienstposten mit B VI bewertet ist. Dieses Delegationsmodell wird bereits mit Erfolg in zwei Bezirksämtern durchgeführt. Weiters sind Tätigkeitsbeschreibungen für die Bezirksamtsleiter, deren Stellvertreter, für die Beamten, deren Dienstposten mit B VI bewertet ist, und für die Kanzleileiter zu erstellen. Bestimmte Bezirksamtsleiter sollen mit Tätigkeiten betreut werden, die für alle Bezirksämter wahrgenommen werden. So ist zum Beispiel das Magistratische Bezirksamt für den 12. Bezirk für die Fragen der automatisierten Textverarbeitung zuständig. Für bestimmte Bedienstetengruppen (Stellvertreter, Lohnsteuerreferenten) sollen Schulungen durchgeführt werden. Schließlich sind die Protokollierung (Vereinheitlichung) und die Erstellung der Rückstandsausweise zur reorganisieren. Nach Ansicht der MD-Verwaltungsorganisation ist durch die vorgeschlagene Organisationsentwicklung eine effizientere Erledigung der den magistratischen Bezirksämtern zugewiesenen Aufgaben möglich und ein der Qualifikation der einzelnen Mitarbeiter angepaßter Einsatz des Personals gewährleistet.

Zur Realisierung dieser Organisationsmaßnahmen beauftragte der Magistratsdirektor mit Weisung vom 20.



Oktober 1980 die mitwirkenden Dienststellen der Magistratsdirektion (MD-Verwaltungsorganisation, MD-Verwaltungsrevision und MD-Verwaltungstechnik), eine dem Ergebnis der Organisationsuntersuchung entsprechende „Allgemeine Dienstvorschrift für die magistratischen Bezirksämter“ auszuarbeiten und ihm zur Genehmigung vorzulegen sowie die erforderlichen Begleit- und Einführungsmaßnahmen zu veranlassen. Mit den hierfür notwendigen Vorarbeiten wurde bereits im Jahre 1980 begonnen; diese werden voraussichtlich im Jahr 1981 zum Abschluß gebracht werden können.

Eine weitere Reorganisation wurde im Bereich des Druckereiwesens der Stadt Wien vorgenommen. Im Jahre 1979 hatten die Firma Wirtschaftliche Forschungs- und Unternehmensberatung Dr. Urmann GmbH und die Höhere Graphische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt im Auftrag der MD-Verwaltungsorganisation eine betriebswirtschaftliche Untersuchung des Druckereiwesens der Stadt Wien durchgeführt. Auf Grund der in den Schlußgutachten dieser Untersuchung enthaltenen Empfehlungen entwickelte die MD-Verwaltungsorganisation im Jahre 1980 ein Konzept für den Aufbau einer leistungsfähigen, dem modernen technologischen Standard entsprechenden Zentraldruckerei der Stadt Wien im Rahmen der MA 20; ferner wurden die notwendigen Voraussetzungen für die Realisierung geschaffen und diese eingeleitet. Diese Reorganisation wurde mit der am 1. Jänner 1981 in Kraft getretenen neuen Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien durch die Übertragung der bisher den Geschäftsbereichen der MA 17 und der MA 54 zugehörenden Druckereien in den Geschäftsbereich der MA 20 durchgeführt. Zuvor war die MA 20 nur für den Druck von Karten, Plänen sowie für Illustrationsdrucke und großformatige merkantile Drucksorten zuständig gewesen.

Ausgangspunkt für das Konzept zur Schaffung einer leistungsfähigen Zentraldruckerei war die Erkenntnis, daß der Bedarf der städtischen Dienststellen an Druckereierzeugnissen bisher nur zu 20 Prozent kostengünstig von den städtischen Druckereien, zu 80 Prozent jedoch in Form von Auftragsvergaben an Privatfirmen gedeckt wurde. Die Überlegungen gingen weiters dahin, daß es möglich sein müsse, durch eine Veränderung dieser Relation zugunsten einer verstärkten Eigenproduktion beträchtliche Kosteneinsparungen erzielen zu können. Ein weiteres Ziel der Reorganisationsmaßnahmen ist eine Qualitätsverbesserung der in Eigenproduktion hergestellten Druckerzeugnisse. Diese Ziele sollen nun in der neu geschaffenen Zentraldruckerei der Stadt Wien dadurch erreicht werden, daß die bisher in der MA 20 nur für den Druck von Karten, Plänen und dgl. eingesetzt gewesen und daher viel zu gering ausgelasteten, hochwertigen Druckmaschinen auch für andere Aufgaben verwendet werden. Ferner soll der in den zusammengelegten Druckereien vorhandene Maschinenpark schrittweise modernisiert werden. Die großen Platzreserven in den gut belichteten, klimatisierten, mit hohen Mietkosten belasteten Druckereiräumen der bisher der MA 54 unterstehenden Druckerei im Erdgeschoß des städtischen Amtshauses in 3, Am Modenapark 2, sollen besser ausgenützt werden. Für die Leistungsfunktionen in der Zentraldruckerei soll hochqualifiziertes Fachpersonal — auch bisher in der MA 20 tätig gewesene Absolventen der Höheren Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt — eingesetzt und das übrige Personal einer laufenden Schulung und Weiterbildung unterzogen werden. Schließlich sollen eine sachgerechte Arbeitsvorbereitung, eine präzise Kalkulation und ein aussagefähiges Rechnungswesen eingeführt werden.

Ferner wurde ein Auftrag, betreffend eine betriebswirtschaftliche Untersuchung der städtischen Friedhofsgärtnereien und des städtischen Steinmetzbetriebes, vergeben und betreut. Die Organisationsuntersuchung im Bereich der Personalverwaltung wurde 1980 weitergeführt. Am 15. Dezember 1980 erließ der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1981 eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien. Die hiezu notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wurden zur Gänze von der MD-Verwaltungsorganisation geleistet.

Neben diesen Großprojekten wurden zahlreiche kleinere Organisationsuntersuchungen durchgeführt bzw. in Angriff genommen, ferner wie in den vergangenen Jahren ablauforganisatorische Anordnungen getroffen. Von diesen Vorhaben werden beispielsweise genannt die Neuregelung des Rundspruchwesens durch Beschleunigung, die Festlegung der Zuständigkeiten hinsichtlich der Vollziehung des Wiener Sportstättenchutzgesetzes, organisatorische und sicherheitstechnische Fragen bei der Führung der Wertmarkenverläge durch Überarbeitung der Verlagsvorschriften; ferner die Erarbeitung von Richtlinien für die Kontrolle der Bautätigkeit fremder Stellen durch Fachabteilungen sowie von Richtlinien für die Verwendung von Subventionsmitteln, die Übertragung der Kompetenz für die Herbergen für Obdachlose von der MA 12 in die MA 52 sowie die Untersuchung des Rechnungslaufes. Weiters waren ablauforganisatorische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umstellung des Grundbuches auf automationsunterstützte Datenverarbeitung zu treffen, die Buchhaltung des Wiener Jugendhilfswerkes umzustellen, eine Begutachtung für die Änderung des Postgesetzes und der Postordnung vorzunehmen. Für die Wanderwege in Döbling mußten die Zuständigkeitsprobleme hinsichtlich der Betreuung geklärt werden. Weiters war die Zuständigkeit für technische Photographien zu regeln, mußten die Probleme im Zusammenhang mit der Bestellung von Landesgesetzblättern zur Wiederherstellung des ordnungsgemäßen Zustandes gelöst werden, wurden Verfahren bei Beglaubigungen und über Beglaubigungen von Unterschriften überprüft. Die MD-Verwaltungsorganisation war weiters mit der budgetmäßigen Verrechnung der Mikroverfilmungsarbeiten und mit der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung für die Mitglieder der freiwilligen



Feuerwehren in Wien befaßt. Für den Journaldienst am 2. Jänner 1981 wurde eine Diensterteilung vorgenommen, ferner die Organisationsuntersuchung der MA 46 nachbetreut, die Problematik von sanitären Übelständen auf städtischen Liegenschaften weiter verfolgt, in Vollziehung des Hydrographiegesetzes ein gegenseitiges Amtshilfeersuchen Wien — Niederösterreich ausgearbeitet, der Verkauf von Broschüren für die Geschäftsgruppe Stadtplanung vom Buchhandel übernommen, für die Reinigung und Erhaltung von Denkmalbrunnen die derzeit geltende Regelung über die Sommersaison 1980 verlängert.

Bezüglich Bundesstatistik und mittelbare Bundesverwaltung wurden dem Büro des Magistratsdirektors Stellungnahmen abgegeben. An einer am 22. Februar 1980 in Linz stattgefundenen Länderbesprechung zum Problem der verfassungsmäßigen Sanierung der Bundesstatistik und zum Wunsch Vorarlbergs, das Meldewesen in die mittelbare Bundesverwaltung zu übertragen, wurde teilgenommen. Zum Entwurf einer Wiener Datenschutzverordnung war eine Stellungnahme abzugeben, außerdem mußten Vorschläge hinsichtlich der Vollziehung der Wiener Datenschutzordnung gemacht werden. Die MD-Verwaltungsorganisation hatte hinsichtlich der Stadtverfassungsreform Vorschläge auszuarbeiten. Die Schaffung von drei weiteren Bürgerdienstaußenstellen in den Bezirken 3, 12 und 20 war mit diversen Veranlassungen verbunden. Weiters wurde für die Volkszählung 1981 eine Hilfestellung bei der Organisation der Vorbereitungsarbeiten gegeben, die Aufbauorganisation der MA 29 neu und der MA 45 nach der Teilung der früheren MA 29 gestaltet, die Telekommunikationseinrichtungen der MA 17 — Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst erneuert und ausgebaut. Ein System für eine zentrale Evidenz der an die Stadt Wien herangetragenen Beschwerden und Verbesserungsvorschläge mit herkömmlichen Mitteln war zu entwickeln, ein neues Verfahren zur Erstellung der Referaterteilungen mit EDV-Unterstützung in 32 Magistratesdienststellen erstmals durchzuführen, mußten weiters Regelungen für das Parken beamteneigener Personenkraftwagen, und zwar für die Bediensteten des U-Bahn-Störungsdienstes der MA 32 an den Einsatzorten, getroffen werden. An der Ausarbeitung einer Novelle zum Gebrauchsabgabegesetz wurde mitgewirkt, der fertiggestellte Entwurf begutachtet. Ferner erfolgten die Festlegung von Schutzmaßnahmen bei der Entnahme von Wasserproben durch die MA 45 einschließlich der Genehmigung zur Beschaffung entsprechender Geräte, weiters die Regelung der Zuständigkeit für Sprengmittel, die nicht dem Sprengmittelgesetz unterliegen, insbesondere für pyrotechnische Artikel, schließlich die Neugestaltung der Bescheide gemäß § 90 StVO und der zugehörigen Niederschriften sowie der Verordnung gemäß §§ 43 und 90 StVO.

Die Vorschläge zu Maßnahmen, betreffend die Abfuhr und Beseitigung von bei der industriellen und gewerblichen Produktion anfallenden Schadstoffen, konnten soweit vorangetrieben werden, daß in kurzer Zeit mit dem Baubeginn eines definitiven Zwischenlagers gerechnet werden kann. Mit der Inbetriebnahme dieses unter Berücksichtigung aller einschlägigen technischen Möglichkeiten errichteten Lagers wird die ordnungsgemäße Abfuhr der Schadstoffe wesentlich erleichtert werden.

Außerdem wurde der Dienst des Permanenzingenieurs neu geregelt, der Brandschutz in städtischen Wohnhochhäusern überprüft und die Vernichtung von EDV-Ausdrucken mit personenbezogenen Daten organisiert. Zur Verbesserung der Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich wurde ein EDV-Projekt ausgearbeitet. Die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit einer weiteren Baumaterialbeistellung durch die Stadt Wien als Auftraggeber wurden überprüft, die Zuständigkeiten für die Untersuchungen der Abwasserbeschaffenheit geregelt und Sicherheitsanalysen durchgeführt. Der Abrechnungsvorgang für Photokopien wurde auf Grund der in einem Bericht des Rechnungshofes enthaltenen Empfehlungen neu gestaltet, der Journaldienst der MA 27 — Gruppe Elektromechanik wurde reorganisiert, der Katastrophenschutzplan ausgearbeitet ebenso wie die Geschäftsordnung für den Krisenstab der Stadt Wien im Katastrophenfalle.

Organisatorische Veränderungen ergaben sich auch im Zusammenhang mit Dienst- und Organisationsvorschriften für verschiedene Verwaltungsbereiche, die von der MD-Verwaltungsorganisation entweder vorbereitet oder genehmigt wurden. Als Beispiele können angeführt werden die Herausgabe einer neuen Dienstvorschrift für die Ausscheidung von Sachgütern, generelle Regelungen über die Dezentralisierung der Verwaltung in allen Wiener Stadtbezirken, insbesondere die Budgetmitwirkung der Bezirksvertretungen, ferner die Abänderung des Erlasses hinsichtlich der Behandlung von Schecks, die unter Vorlage einer Scheckkarte eingereicht werden, im Hinblick auf die Änderung der Allgemeinen Dienstvorschrift für die Kassen der Stadt Wien. Bezüglich Amtsstunden und Parteienverkehr an jenen Tagen, an denen um 12 Uhr Dienstschluß ist, wurde ein Erlaß herausgegeben, in dem auf eine Notwendigkeit der Verkürzung der Parteienverkehrszeit und deren Bekanntgabe hingewiesen wird. Hinsichtlich der Koordination von Umweltschutzmaßnahmen durch die MA 22 wurde ein Erlaß ausgearbeitet, außerdem für die Betriebskasse der MA 52 die Kassenvorschrift genehmigt, eine Verordnung, betreffend die Freihaltung des Stadtgebiets von störenden Werbeständen erlassen sowie die Zuständigkeiten für die Vollziehung festgelegt; die Vorschrift für die Hilfskasse der Musiklehranstalten in der MA 13 geändert sowie bezüglich Straßenmusik ein Entwurf einer ortspolizeilichen Verordnung erstellt und die Zuständigkeiten für die Vollziehung festgelegt. Ferner erfolgten die Neuorganisation für Anfragen im Strafregister, der 3. Nachtrag zu den Richtlinien für das Strafausmaß, die Festlegung der Zuständigkeiten im Gefahrgütergesetz, die Überarbeitung und Genehmigung der Sondervorschrift für die Vergebung von Leistungen durch die Anstaltsapothe-



ken der MA 17, die Überarbeitung eines Erlaßentwurfes, betreffend die Vorgangsweise bei der Abtragung gemeindeeigener Gebäude. Ausgearbeitet wurden eine Dienstvorschrift betreffend Vorkkehrungen für den Fall eines Hochwassers auf der Grundlage eines Entwurfes der MA 45 sowie die Dienstvorschrift für die städtischen Grundtransaktionen. Ein Erlaßentwurf betreffend Raum- bzw. Funktionsprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen bei städtischen Planungen und Bauvorhaben mußte überarbeitet werden, ein Erlaß der Magistratsdirektion betreffend die telephonische Terminbekanntgabe bei Bauarbeiten im Straßenbereich an die MA 46 — Verkehrspermanenzstelle wurde entworfen. An den Arbeiten zur Neufassung der Richtlinien für die Vergebung von Leistungen durch Dienststellen und Unternehmungen der Stadt Wien, insbesondere von geistigen Leistungen, wurde mitgewirkt. In Ausarbeitung ist die Änderung des Erlasses der Magistratsdirektion, betreffend die Beschaffungskompetenzen der Dienststellen für Spezialerfordernisse, eine Dienstvorschrift über die Durchführung der besonderen Feuerbeschau liegt zur Prüfung und allfälligen Genehmigung vor.

Eine Dienstvorschrift über das Verhalten im Brand- und Katastrophenfall für das Amtshaus in 1, Rathausstraße 1, wurde herausgegeben, außerdem die Beheizungsvorschrift für die Amtsgebäude der Stadt Wien überarbeitet, Ausbildungsvorschriften für die MA 68 — Rathauswache erstellt und Richtlinien für die Erstellung von Katastropheneinsatzplänen erarbeitet.

Die MD-Verwaltungsorganisation war darüber hinaus auch mit der Bearbeitung von Kontrollamtsberichten befaßt, die ebenfalls Ansatzpunkte für die Durchführung von organisatorischen Maßnahmen bildeten. Beispielsweise können angeführt werden die Prüfung des Gärtnerei-Teilbetriebes Hernals der städtischen Friedhofsgärtnerei in der MA 43, die Ausschreibungen im Bereich der MD-Automatischen Datenverarbeitung, die Prüfung des Grundkaufes für Mülldeponien, die Prüfung der Grundtransaktion für die Einrichtung einer Berufsschule in einem bestehenden Gebäude in 7, Zieglergasse 9—11, ferner die Grundzinserhöhung infolge der Zinsen für Hypothekdarlehen durch fehlerhafte Mietzinsberechnung, die Einschau in das Referat G der MD-Automatischen Datenverarbeitung, die Probleme der Verwaltungszuständigkeit für die Minigolfanlage in 14, Müller-Gutenbrunn-Straße sowie Schall- und Luftmessungen in umweltbelastenden Betriebsanlagen.

Die Zuweisung geeigneter Amtsräume bildete wieder einen wichtigen Tätigkeitsbereich in der MD-Verwaltungsorganisation. Im Zuge der Wahrnehmung dieser Agenda wurden folgende größere Projekte bearbeitet: Das für den Amtshausbereich des gesamten Stadtgebietes erstellte Amtsraumkonzept mußte auf Grund verschiedener Entwicklungen (unerwartete Erweiterung von Dienststellen und dgl.) neu überarbeitet werden. Um bei bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen, mußten die Anmietung und Adaptierung von Räumlichkeiten in den Objekten in 1, Gonzagagasse 11, 17, Röttergasse 6, sowie in 21, Franz-Jonas-Platz 8, veranlaßt werden. Ferner wurden in mehreren Amtsgebäuden im gesamten städtischen Bereich verschiedene Instandsetzungs- und Adaptierungsarbeiten veranlaßt. Diese betrafen insbesondere die Amtshäuser in 1, Ebendorferstraße 4, in 1, Rathausstraße 4 und 9, in 1, Schottenring 22—24 (MA 15 — Geschlechtskrankenberatung und Körperbehindertenbetreuung), in 13, Hietzinger Kai 1—3, in 15, Gassgasse 8—10 (Generalinstandsetzung), und in 21, Am Spitz 1. Weiters wurden für eine Reihe von Dienststellen entsprechende Raumzuweisungen vorgenommen. So übersiedelten die MD-Verwaltungsakademie, die MD-Automatische Datenverarbeitung und die MA 6 — Buchhaltungsabteilungen I, II, XI und XV in das Amtshaus 1, Rathausstraße 1; die MA 6 — Stadtkassen 21 und 22 in das Bürogebäude Donauzentrum; die Magistratsabteilungen 22 und 51 nach 1, Ebendorferstraße 4; die MA 25 in den Bartensteinblock; die MA 11 — Bezirksjugendamt 10 nach 10, Van der Nüllgasse 20; die MA 13 — Landesbildstelle, Außenstelle Südwest, nach 14, Hickelgasse; die MA 59 — Marktamsabteilung für den 1. Bezirk in das Amtshaus 1, Ebendorferstraße 4. Für die zukünftige Besiedelung des „Felderhauses“ 1, Ebendorfer Straße 2, der Objekte 1, Parkring 8, 1, Freyung 1 (Palais Harrach), 16, Savoyenstraße 2 (Schloß Wilhelminenberg), sowie 20, Dresdner Straße 75—79, wurden Vorschläge zur Besiedelung bzw. Maßnahmen bezüglich der Raumaufteilung getroffen. Hinsichtlich der für den Amtshausbereich vorgesehenen Budgetmittel hat die MD-Verwaltungsorganisation bei der Erstellung des Voranschlages 1981 wesentlich mitgewirkt.

Drucksorten sind ein Organisationsmittel, die bei richtiger Gestaltung die Arbeitsabläufe in den Dienststellen wesentlich verbessern und beschleunigen. Darüber hinaus sind Vordrucke, die an Bürger geschickt werden oder von Bürgern ausgefüllt werden müssen, Visitenkarten des Magistrates der Stadt Wien. Von ihrem Aussehen bzw. von der Einfachheit, mit der sie auszufüllen sind, werden Rückschlüsse auf die Verwaltung gezogen. Gerade auf diesem Gebiet ist — im Hinblick auf die rasch fortschreitende Entwicklung der Textbearbeitung und -verarbeitung sowie der automatischen Datenverarbeitung und mit Rücksicht auf die Bestrebungen der Verwaltung bürgernäher zu sein — eine effiziente Organisation erforderlich. Überdies kann durch Vereinheitlichung der Sonderdrucksorten eine wirtschaftlichere Vergabe von Druckaufträgen erzielt werden. Die MD-Verwaltungsorganisation hat daher eine grundsätzliche Neuordnung des Drucksortenwesens in die Wege geleitet. Zu diesem Zweck wurde in der Magistratsdirektion eine Drucksortenkommission eingerichtet, die alle generellen und speziellen Angelegenheiten bei der Gestaltung von Drucksorten zu bearbeiten hat. Diese Kommission, in der auch Bedienstete aus Bereichen außerhalb der Magistratsdirektion tätig sind, hat im Jahre 1980 vorläufig Richtlinien für deren Gestaltung sowie ein Entwurfsblatt für Drucksorten entwickelt und wird diese Unterlagen den Drucksortenreferenten der Dienststellen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus überprüft



die MD-Verwaltungsorganisation sämtliche neu aufgelegten oder nachbestellten Drucksorten auf ihre Zweckmäßigkeit. 1980 wurden rund 4.000 solcher Überprüfungen durchgeführt. Ein von der Drucksortenkommission gebildeter Ausschuß revidierte darüber hinaus Drucksorten der Klassifikation „Allgemeine Drucksorten“ anlässlich ihrer Neuauflage oder ihrer Nachbestellung eingehend unter Bedachtnahme auf die erwähnten Richtlinien für die Gestaltung von Drucksorten. Dieser Ausschuß behandelte rund 250 verschiedene Allgemeine Drucksorten und veranlaßte die erforderlichen Abänderungen oder Anpassungen an organisatorische Neuerungen.

Dem betrieblichen Vorschlagswesen, das als wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung von Organisationsmängeln anzusehen ist, wurde wieder erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Im Jahre 1980 wurden rund 300 Vorschläge bearbeitet und vorbeurteilt, was gegenüber dem Jahre 1979 eine Steigerung von rund 30 Prozent darstellt.

Der MD-Verwaltungsorganisation obliegt die Genehmigung für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen. Wie alljährlich war im Einvernehmen mit den betroffenen Dienststellen der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien festzulegen. Darüber hinaus hat die MD-Verwaltungsorganisation den Einsatz von Dienstkraftwagen laufend zu überprüfen und die Anschaffung neuer Fahrzeuge zu genehmigen.

Im Rahmen der MD-Verwaltungsorganisation wird auch das *Zentralexpedit* als zentrale Postverteilstelle des Magistrates geführt. Die Leistungen dieser Dienststelle waren, wie in den vergangenen Jahren, erheblich. Darüber hinaus wurden ablauforganisatorische Maßnahmen bzw. Maßnahmen zur Verbesserung der räumlichen Unterbringung eingeleitet, deren Ziel es ist, den ständig steigenden quantitativen und qualitativen Anforderungen ohne beträchtlichen Mehraufwand zu begegnen. Im Jahre 1980 waren rund 3,5 Millionen Poststücke anzunehmen und weiterzuleiten, wobei die für städtische Dienststellen bestimmte Post mit zwei, speziell eingerichteten Fahrzeugen zugestellt wurde.

Die MD-Verwaltungsorganisation hat auch an der Aufgabe, die Verwaltung der Stadt Wien, so weit es möglich ist, zu dezentralisieren, mitgewirkt. Als wichtige Arbeiten können erwähnt werden: Für die Bürger des 21. und 22. Bezirkes wurde als besonderes Service der Parteienverkehr in den Abendstunden eingeführt. Diese Einrichtung, die im Jahre 1980 sehr eingehend erprobt werden konnte, soll den Bürgern der beiden Bezirke ermöglichen, die Dienste der Stadtverwaltung einmal in der Woche auch in den Abendstunden in Anspruch nehmen zu können.

Zur Verbesserung der Budgetmitwirkung der Bezirksvertretungen in den beiden Versuchsbezirken wurden verschiedene organisatorische Modelle in der Praxis erprobt, zum erstenmal ein Bezirksbudget für das Jahr 1981 erarbeitet, mit den beiden Bezirksvorstehern abgesprochen und ein neues Steuerungsinstrument in den beiden Bezirken in Form von sogenannten Koordinationsgesprächen eingeführt. Bei diesen Gesprächen soll den beiden Bezirksvorstehern die Möglichkeit geboten werden, einmal im Monat mit den Vertretern der wichtigsten Dienststellen die aktuellen Bezirksprobleme zu besprechen, die Wünsche des Bezirkes zu äußern und sich über die von den Fachdienststellen im Bezirk erbrachten Leistungen zu informieren. Die Koordinationsgespräche haben sich außerordentlich gut bewährt und stellen ein wichtiges Steuerungsmodell im Rahmen der Dezentralisierung dar.

Für alle Leitungs- und Führungsaufgaben ist eine verbesserte Information von entscheidender Bedeutung. Dieser verbesserten Information soll im Rahmen des Dezentralisierungsversuches die Erstellung einheitlicher Leistungsberichte aller städtischer Dienststellen dienen, die erstmals im Jahre 1980 eingeführt wurden. Der Erfolg dieser Maßnahmen kann erst im Jahre 1981 gemessen werden.

Wie in den Vorjahren lagen auch 1980 die Aufgaben der **Magistratsdirektion-Automatischen Datenverarbeitung (MD-ADV)** schwerpunktmäßig bei der Weiterentwicklung und Konsolidierung der der Dienststelle übertragenen Projekte, bei der Beschaffung, Installation und Betreuung der zur Durchführung erforderlichen Hardwareeinrichtungen sowie bei der Weiterentwicklung und Verbesserung der in der MD-ADV eingesetzten softwaretechnischen und organisatorischen Werkzeuge. Eine besondere Belastung stellte die zu Jahresbeginn erfolgte Übersiedelung der gesamten Dienststelle in das neue Amtsgebäude in 1, Rathausstraße 1, dar, da alle Aktivitäten unter voller Aufrechterhaltung eines Tag und Nacht ohne Unterbrechung laufenden Dienstbetriebes durchgeführt werden mußten.

In der Folge wird auf einzelne Leistungen, die von besonderer Wichtigkeit sind, eingegangen:

**Entwicklung und Durchführung von EDV-Projekten:** Neben der EDV-mäßigen Unterstützung der Bundespräsidentenwahl sowie des Volksbegehrens und der Volksbefragung lag der Schwerpunkt der Arbeiten im Referat Personenwesen bei der Erstellung der Programme für die Neuorganisation der Wiener Standesämter sowie bei der Installation von neun dezentralen Mini-Computern, System 6, der Firma Honeywell Bull. Die Implementierung des fertigen Systems erfolgte zum Jahresende, so daß mit Beginn des Jahres 1981 der Betrieb nach der neuen Organisationsform aufgenommen werden kann.

Wie im vergangenen Jahr mußte auch im Jahre 1980 in der automatisierten Bezugsverrechnung ein hoher Änderungsaufwand termingerech bewältigt werden. Hervorzuheben sind auch die Anpassung der Bezugsverrechnung an die Voranschlags- und Rechnungsabschluß-Verordnung (VRV) und die Überleitung der Daten in die MA 6 – Buchhaltungsabteilung I. Die EDV-mäßige Erstellung der Referateinteilung konnte auf über 30



Dienststellen ausgeweitet ebenso ein Teleprocessing-System für die Verrechnung der Vortragshonorare erstellt werden.

In der Abgabenverrechnung wurde unter anderem die auf Grund einer Gesetzesnovelle zur Getränke- und Gefrorenessteuer notwendig gewordene Anpassung des EDV-Systems vorgenommen und die Verrechnung der Grundbesitzabgaben um den Datenträgeraustausch mit dem Bundesrechenamt sowie um die Erstellung der Einheitswertbescheide erweitert. Die Neuorganisation der Wasser- und Abwassergebührenverrechnung konnte einschließlich der Realisierung eines neuen Konzeptes für die Wasserzählerverwaltung termingerecht abgeschlossen werden.

Der Betrieb von 10 PHILIPS-Subsystemen in der Haushaltsverrechnung konnte nach anfänglichen Schwierigkeiten soweit konsolidiert werden, daß das neue EDV-System heute im wesentlichen problemlos läuft. Daneben wurden die Vorbereitungen für den — erstmals nach den Richtlinien der VRV — automatischen Ablauf des Jahresabschlusses 1980 getroffen. Neben den Vorarbeiten für die Großzählung 1981 wurde vom Referat — „Grundstückswesen/Planung“ ein Pilotprojekt für die MA 46 — Kraftfahrzeugprüfstelle entwickelt mit dem Ziel, den Arbeitsablauf in dieser Dienststelle durch Automation zu beschleunigen. Das Referat „Bauverwaltung“ hat vordringlich das WIBUS-System um den Einbau der Leistungsbeschreibungen für Gleisbauten und Verkehrslichtsignalanlagen erweitert sowie das Auskunftssystem über den Ausbauzustand von Gemeindebauten für die MA 27 fertiggestellt. Das automatisierte Mietenverrechnungssystem wurde durch den verstärkten Einsatz des Mikrofilms verbessert. Hinsichtlich der automatischen Vorschreibung konnten die noch fehlenden Amtshäuser in das Verrechnungssystem aufgenommen werden. Die Übersiedlung in das neue Gebäude brachte für die empfindlichen Geräte der graphischen Datenverarbeitung besondere technische Probleme. Dennoch konnte die automatische Erstellung der Wiener Stadtkarte planmäßig fortgeführt werden. Für das EDV-System der MA 48 wurde die Installation eines dezentralen Rechners vorbereitet und das System selbst im Hinblick auf gesetzliche Änderungen (zum Beispiel Einführung der VRV) adaptiert. Parallel dazu wurden Teile eines dezentralen Personaladministrationssystems entwickelt und getestet, so daß mit Anfang 1981 die automatisierte Personalevidenz in Produktion übernommen werden kann.

Die Neuorganisation der Wiener Städtischen Büchereien wurde in bezug auf die Titelaufnahme begonnen, wobei bis Ende 1980 etwa ein Drittel des gesamten Buchbestandes über vier in der Hauptbücherei installierte Bildschirmterminals erfaßt wurde.

Auf Grund der ständig wachsenden Aufgabenstellung mußte das Referat Gesundheitswesen im Jahre 1980 in einen Bereich „Patientenbezogene Verwaltung“ mit den Schwerpunkten WIKIS, Krankenbettenreservierung und medizinische Dokumentation und in einen Bereich „Betriebsbezogene Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Spitalskostenrechnung geteilt werden. Die bestehenden EDV-Systeme wurden weiter ausgebaut und konsolidiert, wobei von besonderer Bedeutung sind: die Integration der Krankenbettenreservierungs-Funktionen in WIKIS, die Vorarbeiten zur Neuorganisation der Pflegegebühren- und Transportkostenverrechnung, die Erfassung und Auswertung des Krankengeschichtenindex für die Krankenanstalt Rudolfstiftung, die Umstellung der Erfassung der Urologiedaten auf Dialogerfassung sowie die Änderung des Tumordatenerfassungsdialoges, ferner die Installation eines Minicomputers im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel und die Übernahme der Kostenrechnungsprogramme von der Großanlage, die Umstellung der Anlagen- und Inventardialoge (Erfassen, Ändern, Auflisten und Ausdrucken der anfallenden Daten) auf Minicomputer, die Voruntersuchung für die automatisierte Erfassung der Nebengebühren, die Ausarbeitung eines Konzeptes für ein computergestütztes Einsatzleitsystems für die Wiener Rettung und schließlich die Einschulung und Unterstützung der Bediensteten sowohl in den einzelnen Krankenanstalten wie auch in der MD-ADV im Zusammenhang mit den genannten EDV-Systemen.

Neben den bereits angeführten Aufgaben wurde eine Reihe kleinerer Projekte bzw. Untersuchungen durchgeführt, die den Dienstleistungscharakter der Automatischen Datenverarbeitung in den Vordergrund stellen. Dazu zählen beispielsweise die Entwicklung und Präsentation eines Dokumentationssystems für den Verwaltungsgerichtshof, die Unterstützung der MA 68 bei der Ausschreibung von EDV-Einrichtungen im Rahmen der Erneuerung der Nachrichtenzentrale sowie der Einsatz eines computergestützten Auskunftssystems für das Büro des Magistratsdirektors (Verbesserungsvorschläge). Die im Vorjahr durchgeführte mittelfristige EDV-Planung wurde bis zum Jahre 1985 fortgeschrieben.

**Hardware-/Software-Entwicklung:** Für das Rechenzentrum der MD-ADV stellte die Übersiedelung des gesamten zentralen Maschinenparks in das neue Amtshaus in 1, Rathausstraße, ein besonderes Problem dar, das durch den kurzfristigen Einsatz redundanter Hardware sowie durch entsprechende Mehrdienstleistungen des Personals gelöst werden konnte. Auf Grund der zitierten Projektentwicklungen sowohl bei den Großanlagen wie auch bei den zentralen Subsystemen mußte ein weiterer Ausbau vorgenommen werden, so daß Ende 1980 drei EDV-Großsysteme mit einer Hauptspeicherkapazität von 11 Megabyten und 37 Subsystemen in Betrieb standen. Insgesamt erhöhte sich der Gerätestand in der MD-ADV bzw. in den angeschlossenen Fachabteilungen von rund 900 Einheiten Ende 1979 auf über 1.000 Ende 1980. Für das in der zentralen Datenerfassung installierte Datensammelsystem wurden auf Grund steigender Anforderungen fünf wei-



tere Arbeitsplätze eingerichtet. Die Datenerfassung der MA 6 im Rathaus konnte mit drei neuen Bildschirmarbeitsplätzen ausgerüstet und an das Datensammelsystem angeschlossen werden.

Im Softwarebereich lagen die Schwerpunkte bei der Installation des Betriebssystems OS/MVS für die IBM-Anlagen, das seit Anfang 1980 ohne wesentliche Probleme und mit hoher Stabilität funktioniert, bei der testweisen Installation von Software-Produkten für die Textverarbeitung, ferner bei der Ausarbeitung von Konzepten für die Archivierung von Massendaten, besonders für den Gesundheitsbereich von Bedeutung und für die Nachrichtenerstellung und -vermittlung, bei der Implementierung der höheren Dialogsprache NATURAL, womit die Programmerstellung bei Online-Projekten bedeutend vereinfacht und beschleunigt wird, und schließlich bei der laufenden Betreuung aller Standard- und Betriebs-Software-Produkte mit der diesbezüglichen Unterstützung und Schulung der Benutzer.

An Stelle des Referats „Programmierung“ wurde im Jahre 1980 das Referat „Methoden und Techniken“ mit grundsätzlich neuen Zielsetzungen geschaffen. Aufgabe dieses Referates ist es, die in der MD-ADV eingesetzten EDV-Werkzeuge und -Techniken zu überarbeiten, für deren Verbreitung und Anwendung zu sorgen sowie die Aus- und Weiterbildung der Benutzer dieser Werkzeuge — im wesentlichen alle Organisatoren und Programmierer — zu übernehmen.

**I n t e r n e O r g a n i s a t i o n :** Im Vordergrund der Aktivitäten dieses Bereiches standen die Einrichtung und Besiedelung des neuen Amtshauses in 1, Rathausstraße 1. Auf Grund der exakten Terminplanung, teilweise mit Hilfe eines computergestützten Netzplanes, konnte nicht nur die Anlieferung und Aufstellung von annähernd 4.000 Einrichtungsgegenständen termingerecht bewältigt, sondern auch die Übersiedlung der einzelnen Gruppen der MD-ADV planmäßig ohne wesentliche Beeinträchtigung des Dienstbetriebs und ohne nennenswerte Schäden durchgeführt werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete — im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen — die Beseitigung der nach der Besiedelung des Amtshauses aufgetretenen Baumängel und Schäden. Dazu zählten insbesondere Probleme mit den Aufzügen, der Heizung, Belüftung und Klimatisierung des Gebäudes sowie den sicherheitstechnischen Einrichtungen. Die Entwicklung des EDV-Systems für die interne Kostenrechnung der MD-ADV konnte im wesentlichen abgeschlossen werden. Die laufende Betreuung und Handhabung dieses für die Führung, Steuerung und Finanzgebarung der Dienststelle äußerst wichtigen Systems werden nun von den Referaten „Interne Revision“ und „Wirtschaftsangelegenheiten“ wahrgenommen. Von der Internen Revision wurden die Terminkontrolle sowie die Kostenverfolgung der in Bearbeitung stehenden Projekte weiter ausgebaut und weitestgehend automatisiert. Diese Aktivitäten bedeuten nicht nur für die einzelnen Referate eine wesentliche Arbeiterleichterung bei der Planung, Steuerung und Kontrolle ihrer Aufgaben, sondern stellen einen wesentlichen Faktor in bezug auf die Qualität und Ordnungsmäßigkeit der von der MD-ADV erbrachten Leistungen dar. Außerdem konnte damit ein weiterer Schritt in Richtung „begleitender“ Revision gesetzt werden.

Der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter der MD-ADV wurde auch im Jahre 1980 besondere Bedeutung beigemessen, wobei im Hinblick auf die steigenden Kosten verstärkt von der Herstellerschulung zur Eigenschulung übergegangen wurde. So konnten insgesamt 34 ADV-interne Kurse, zum Teil im Zusammenwirken mit der MD-Verwaltungsakademie, organisiert und durchgeführt werden, was einer Steigerung von annähernd 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr gleichkommt. Die Administration der Schulung sowie die Führung der EDV-Fachbibliothek und der Zentralen Dokumentation wurden weitestgehend automatisiert.

Der Mitarbeiterstand der AD-ADV erhöhte sich von 252 Bediensteten zu Beginn des Jahres 1980 auf 283 zum Jahresende. Der Dienstpostenplan für 1981 weist 301 Posten auf, von denen 51 bei anderen Magistratsabteilungen geführt werden. Auf Grund der Personalfuktuation — so waren im Jahre 1980 25 Abgänge zu verzeichnen — und des im Hinblick auf den Aufgabenzuwachs laufend steigenden Personalbedarfs mußten auch 1980 entsprechende Werbemaßnahmen getroffen werden, wobei mit 160 Bewerbern Aufnahmegespräche und Eignungstests durchgeführt wurden.

Im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz wurde der MD-ADV nicht nur eine Reihe zusätzlicher Aufgaben übertragen, sondern sie wirkte auch bei der Vorbereitung für die Ende des Jahres ergangene Wiener Datenschutzverordnung maßgeblich mit.

Im **Rechtsmittelbüro** fielen im Jahre 1980 an: in Bauangelegenheiten 593 Berufungen, 26 Devolutionsanträge, 22 Verwaltungsgerichtshof- und 7 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 45 Aufforderungen zur Abgabe von Stellungnahmen; in Strafsachen 714 Berufungen, 14 Verwaltungsgerichtshof- und 2 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 14 Stellungnahmen. In sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgabenberufungen, Berufungsentscheidungen usw.) waren es 352 Berufungen, 12 Devolutionsanträge, 16 Verwaltungsgerichtshof- und 6 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 32 Stellungnahmen. Die Abgabe von Äußerungen, Berichterstattungen und die Teilnahme an Amtsbesprechungen außerhalb von Rechtsmittelverfahren betrafen 345 Rechtssachen; 14.440 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts sowie sonstige Überprüfungen, darunter auch Akten für den Berufungssenat, waren zu überprüfen. Bei den zu überprüfenden Rechtsmittelakten und erstinstanzlichen Erledigungen war gegenüber 1979 eine Abnahme um 3,9 Prozent, gegenüber dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre eine



Zunahme um 0,1 Prozent festzustellen. Bei der Überprüfung der Rechtsmittelentscheidungen konnte gegenüber 1979 ein Mehranfall von 9,4 Prozent, gegenüber dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre eine Zunahme von 31 Prozent verzeichnet werden.

Neben der routinemäßigen Mitwirkung an der Lösung wichtiger Rechtsfragen aus dem Bereich der Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten sowie im Selektionsverfahren bei der Aufnahme von Technikern und Juristen wurden folgende wesentliche Aktivitäten gesetzt: Um eine Voraussetzung für die Einführung moderner Managementmethoden in die Verwaltung zu schaffen, erarbeitete die **Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik (MD-VT)** im Einvernehmen mit den Dienststellen der Personalverwaltung und der Dienstaufsicht ein neues Beurteilungssystem für Mitarbeiter. Auf der Basis des Führens durch Zielsetzung, management by objectives, soll im Gegensatz zur bisherigen Beurteilung von Eigenschaften die Bewertung der Leistung auf Grund der konkret vorgegebenen Aufgaben des Mitarbeiters in den Vordergrund gestellt werden. Der Mitarbeiter soll sowohl bei der Erstellung der später der Beurteilung zugrundeliegenden Ziele als auch bei der Leistungsbeurteilung selbst stärker als bisher einbezogen werden. Die Mitarbeiterbeurteilung auf der Grundlage der periodischen Zielsetzung wird nach ihrer Einführung die Übereinstimmung des Leistungsprofils der jeweiligen Mitarbeiter mit dem Anforderungsprofil der jeweiligen Stelle erheblich erleichtern. Das neue System, das zuerst bei einigen Dienststellen probeweise Verwendung finden soll, liegt derzeit den Dienstnehmervertretern zur Stellungnahme vor.

Auf dem Gebiet der Meinungsforschung wurde ein Fragebogen ausgearbeitet, der die Zufriedenheit der Mitarbeiter mit ihrer Arbeit sowie verschiedene andere leistungserhebliche Faktoren sichtbar machen soll. Das Instrument wird erstmals angewendet, um die Auswirkungen der im Zusammenhang mit der Organisationsuntersuchung der magistratischen Bezirksämter zu setzenden Maßnahmen kontrollieren zu können. Zur weiteren Objektivierung der Personalauslese wurde in Zusammenarbeit mit Psychologen eine Testserie entwickelt, welche die für eine verlässliche Auswahl von Bewerbern bedeutsamen Kriterien einer standardisierten Beurteilung zugänglich machen wird. Es soll damit wirkungsvoller als bisher die Aufnahme von Bewerbern mit nicht entsprechendem Leistungs- oder Persönlichkeitsprofil hintangehalten werden. Am Beispiel der magistratischen Bezirksämter entwickelte die MD-Verwaltungstechnik eine an objektiven statistischen Werten orientierte Methode für die Ermittlung eines Personalzuteilungsschlüssels. Die damit erzielte stärkere Unabhängigkeit von arbeitsstatistischen Angaben der betroffenen Dienststellen soll eine gleichmäßigere Auslastung der Mitarbeiter ermöglichen und bietet überdies einen besseren Überblick über lokale Veränderungen bei der Arbeitsbelastung. Im Rahmen der Verwaltungs- und Betriebsreform wurde die Untersuchung der Einsatzmöglichkeit eines integrierten Personalinformationssystems fortgesetzt und das Stadium der Schwachstellenanalyse erreicht. Im Gefolge der bereits abgeschlossenen Organisationsuntersuchung in den magistratischen Bezirksämtern wurde mit der Ausstattung dieser Dienststellen mit Geräten zur automatischen Textverarbeitung begonnen.

Im **Dienstpostenplan** waren im Jahre 1980 infolge von Postenvermehrungen, Postenstreichungen, Aufwertungen, Abwertungen und Postenumwandlungen mehr als 1.000 Änderungen durchzuführen und die entsprechenden Schreiben zu veranlassen. Das Verzeichnis über den Dienstpostenplan 1981 wurde auf Grund der Personalperlustrierung verfaßt und in Druck gelegt. Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter sowie Neuaufnahmen, Versetzungen, Abgänge und Namensänderungen erforderten rund 54.000 Eintragungen und Vormerkungen.

Im Rahmen der Mitwirkung bei der Inspizierung des Dienstbetriebes von städtischen Ämtern und Anstalten nahm die MD-Verwaltungstechnik an der Revision der Magistratsabteilungen 14, 25, 26 und 28 teil. Neben der Beteiligung an den Revisionsgesprächen mit den betreffenden Dienstnehmern wurden dabei schwerpunktartig Überprüfungen der Arbeitstechnik sowie der Möglichkeiten des Einsatzes bürotechnischer Hilfsmittel vorgenommen.

Bei der Genehmigung für die Anschaffung von Büromaschinen, Kartothekeneinrichtungen, Langstampiglien mit Adressenangaben, Siegeln sowie für die Anschaffung von Gegenständen der Büro- und Arbeitstechnik lag das Hauptaugenmerk weiterhin auf den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit sowie der Kompatibilität der Geräte. Die Ausstattung der Dienststellen mit Kugelkopfschreibmaschinen als Voraussetzung für die Einführung der automatischen Belegerfassung wurde fortgesetzt. Bezüglich der Genehmigung der Anschaffung vom Amtsliteratur wurde mit der vollständigen Erfassung des derzeitigen Standes an Zeitschriftenabonnements erstmals ein Überblick über deren Umfang und Vielfalt geschaffen. Das Ergebnis der Umfrage wird einerseits die Evidenzhaltung bei den beschaffenden Dienststellen wesentlich erleichtern, andererseits die Basis für eine gezielte Steuerung und Rationalisierung des Aufwandes auf diesem Gebiet bilden. Ähnliche Maßnahmen wurden auch für die Beschaffung von Büchern eingeleitet.

Gemäß dem in den Vorjahren erarbeiteten Kopiergerätekonzept sowie der 1979 erfolgten Ausschreibung für rund 90 Kopiergeräte wurde im ersten Halbjahr 1980 die Aufstellung dieser Geräte bei den Dienststellen durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Kopierzentrale des Rathauses in der MA 20 mit neuen und leistungsfähigeren Kopiergeräten ausgestattet. Dadurch sowie durch eine örtliche Verlegung der



Zentrale, verbunden mit einer Erweiterung der Öffnungszeiten, konnte die Benutzerfreundlichkeit erheblich gesteigert werden.

Der Einsatz von Textverarbeitungsgeräten wurde weiter verstärkt. Im Anschluß an die Ende 1979 abgeschlossenen Vorbereitungsarbeiten erfolgte 1980 die Einführung der Textverarbeitung im magistratischen Bezirksamt für den 12. Bezirk in Form eines Pilotprojektes. Mit der Adaptierung des in diesem Bezirksamt entwickelten Texthandbuchs für die übrigen magistratischen Bezirksämter konnte die Voraussetzung für die Rationalisierung des Schreibdienstes auch dieser Dienststellen geschaffen werden. Neben dem Magistratischen Bezirksamt für den 12. Bezirk wurden auch die Magistratsabteilungen 70, 37 und 2 mit eigenen Textverarbeitungsgeräten ausgestattet. Die Kapazität der zentralen Textverarbeitungsstelle der MD-Verwaltungstechnik mußte auf Grund des ständig steigenden Bedarfes durch die Installierung eines weiteren Textverarbeitungssystems ausgebaut werden. Die technische Aktualität der Ausstattung ermöglichte außerdem eine weitere qualitative Verbesserung der Serviceleistungen. Die Schreibleistung der zentralen Textverarbeitungsstelle konnte von 32.600 A 4-Seiten im Vorjahr auf 43.110 Seiten gesteigert werden.

Auf dem Gebiete der **Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten** wurden, wie schon in den Vorjahren, zu mehreren **Gesetzesentwürfen** Stellungnahmen abgegeben. So waren unter anderem die Entwürfe zu einem Bundesgesetz über die Änderung des Personen-, Ehe- und Kindschaftsrechts sowie zu einem Strafverfahrensänderungsgesetz 1980 bzw. die beabsichtigt gewesenen Novellen zum Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, Urheberrechtsgesetz und Bewährungshilfegesetz zu begutachten. Es ergab sich aber auch die Notwendigkeit, die sich aus dem Konsumentenschutzgesetz, Mietrechtsgesetzentwurf und Grundbuchsumstellungsgesetz für den Wiener Magistrat ergebenden Maßnahmen juristisch zu betreuen. Auf Ersuchen städtischer Dienststellen wurden ferner zu konkreten Sachverhalten schriftliche **Rechtsgutachten** erstattet. Anlaß für derartige Ersuchen waren sämtliche Aufgabenbereiche der Privatwirtschaftsverwaltung, vor allem aber Ansprüche im Zusammenhang mit Schadenersatz, Grenzstreitigkeiten, Bereicherungen, Forderungseinlösungen, Miteigentumsverhältnissen, mit Unfalls-Fürsorge-Regressen, Verkehrssicherungspflichten sowie Vertragserfüllungen und -auflösungen, aber auch strafrechtlich relevante Sachverhalte. Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag neben Ansprüchen aus Verkehrsunfällen vor allem bei der Mitwirkung am Abschluß und der Realisierung von Bestand- und Bauleistungsverträgen. Insgesamt sind 238 schriftliche Rechtsgutachten angefallen.

Einen erheblichen Arbeitsaufwand brachte die Beratung der städtischen Dienststellen in zivil- und strafrechtlichen Belangen mit sich, die häufig telephonisch oder bei persönlichen Vorsprachen städtischer Bediensteter erfolgte und auch die zivilrechtliche Betreuung der Bauabteilungen umfaßte. Allein im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau sind 112 neue Geschäftsstücke, darunter Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen, vor allem im Zusammenhang mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran und mit dem Bau der U 6, die Vergabe von Geschäftslokalen usw., angefallen. Darüber hinaus waren zu 302 Verhandlungen, die von anderen Behörden und Ämtern geführt wurden, überwiegend rechtskundige Beamte in beratender Funktion zu entsenden.

Auf dem umfangreichen Gebiet der **streitigen, außerstreitigen und vergleichbaren Zivilrechtsansprüche**, wie Prozesse, vergleichbare Zivilrechtsansprüche, Verlassenschaftsfragen zugunsten der Stadt Wien und Kuratorbestellungen, sowie der Strafsachen, sind 950 Rechtsvorgänge neu angefallen. Das sprunghafte Ansteigen der Zahl der Fälle gegenüber dem Vorjahr ist auf die von der Dienststelle übernommene Hereinbringung von Ansprüchen der Stadt Wien zurückzuführen, die im Zusammenhang mit aus Wohnbauförderungsmitteln gewährten Eigenmitteldarlehens stehen, deren Rückzahlung von den Darlehensnehmern eingestellt worden ist. Im übrigen umfaßten diese Ansprüche vor allem die Einbringung von Geldforderungen der Stadt Wien, Kündigungen und Räumungen, meist zur Ermöglichung städtischer Bauvorhaben, ferner Besitzstörungen, Rechtskonflikte aus Bestand- und Werkverträgen, Klagen auf Feststellung strittiger Rechtsverhältnisse und alle Arten von Schadenersatzprozessen. In diesem Zusammenhang und bei aus früheren Jahren noch anhängigen Rechtsstreitigkeiten wurden im Jahre 1980 486 Tagsatzungen bei Gericht verrichtet. Neben 453 Besitzstörungs- und Mahnklagen wegen Geldforderungen, bei denen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Bestätigung des Anspruches der Stadt Wien durch außergerichtliches Anerkenntnis oder durch die Erwirkung eines gerichtlichen Exekutionstitels erreicht werden konnte, ist es im Jahre 1980 auch gelungen, in weiteren 94 Prozeßfällen für die Stadt Wien positive Urteile oder Vergleiche zu erzielen. Sechs dieser Verfahren verliefen negativ, drei Strafverteidigungen waren erfolgreich, eine Strafverteidigung verlief negativ. In einem Verlassenschaftsverfahren hat die Stadt Wien 700.000 S an Bargeld geerbt. Insgesamt 59 Exekutionen sind angefallen, außerdem wurde in 234 Insolvenzverfahren (Konkursen und Ausgleichen) interveniert. Die zufriedenstellende Erfüllung der beschriebenen Aufgaben setzt ein ständiges Studium sowie die laufende Evidenzführung der auf dem Zivil- und Strafrechtssektor publizierten, für die Privatwirtschaftsverwaltung relevanten, umfangreichen inländischen, im gewissen Umfang aber auch ausländischen Literatur und Judikatur voraus.

In **Vertragsangelegenheiten** der Stadt Wien fielen 576 Akten an. Darunter waren vor allem Kauf-, Verkaufs- und Tauschverträge, Dienstbarkeitsbestellungs- sowie Baurechtsverträge zu beurkunden. Der sprunghafte Anstieg der Zahl der Fälle gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus der Zunahme von Grundverkäu-





Amtsführender Stadtrat Franz Nekula (Personal- und Rechtsangelegenheiten) nimmt im Rahmen einer Feierstunde die Angelobung von 1.300 Gemeindebediensteten vor

#### Personalangelegenheiten

Abschlußfeier im Festsaal des Wiener Rathauses für 222 Lehrlinge der Stadt Wien







Angelobung der neu gewählten Mitglieder der Gemeindevermittlungsämtler durch Amtsführenden Stadtrat Franz Nekula

### Rechtsangelegenheiten

Ein großes Plakat im Arkadenhof des Rathauses kündigt die Volksbefragung in Wien an





fen an die bisherigen Bestandnehmer oder Baurechtsnehmer. In allen Vertragssachen wurden die Vertragsurkunden errichtet, deren Unterfertigung veranlaßt und in einer erheblichen Anzahl der Fälle aber auch die grundbücherliche Durchführung sowie die faktische Abwicklung, das heißt die Besitzübergabe, vorgenommen. Vor allem in diesem Zusammenhang, aber auch im Zusammenhang mit dem Management vergleichbarer Ansprüche und mit der Lösung grundsätzlicher rechtlicher Fragen wurden 135 Verhandlungen und Besprechungen durchgeführt, bei denen auftretende Schwierigkeiten und Unklarheiten beseitigt wurden.

Auf dem umfangreichen Sektor der Verfassung von Grundbuchsgesuchen und grundbuchsfähigen Urkunden betrafen neben der grundbücherlichen Durchführung der erwähnten Vertragsurkunden 211 Akte Grundabteilungen und sonstige Eingaben zur Herstellung der Grundbuchsordnung und 2.721 die Ausfertigung von Schuldscheinen, Löschungs-, Freilassungs-, Vorrangseinräumungs- und sonstige Zustimmungserklärungen. Auch auf diesem Rechtsgebiet stieg die Zahl der Fälle, bedingt durch die Ausweitung der mit Wohnbaudarlehen belasteten Grundflächen bzw. durch die Zunahme der vollständigen Rückzahlung langfristiger Darlehen. Um die Rechte der Stadt Wien zu wahren und eine mögliche Schädigung dritter Personen zu verhindern, wurde bei 500 von der Baubehörde erteilten Aufträgen die Ersichtlichmachung im Grundbuch veranlaßt.

In 497 Fällen waren städtische Bedienstete von ihrer Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit zu entbinden, um ihre zeugenschaftlichen Einvernahmen bei Gericht zu ermöglichen. Schließlich waren 308 sonstige Verwaltungsvorgänge, wie zum Beispiel die Ausstellungen von Vollmachten und Überprüfungen von Akten anderer Dienststellen, zu besorgen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion** umfaßte im Jahre 1980 die Koordination der umfangreichen Aufgabenstellungen im technischen Bereich sowie bei der Bauvorbereitung und Baudurchführung. Koordinierende Besprechungen, Dienstanweisungen sowie einschlägige Erlässe haben dazu beigetragen, um ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken der technischen Dienststellen zu erzielen. Probleme genereller Art wurden durch die MD-Stadtbaudirektion bzw. deren Referate, spezielle Gruppenprobleme durch die gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien bestellten Bediensteten mit Sonderaufgaben behandelt. Außerdem oblag der MD-Stadtbaudirektion die Vorbereitung bzw. Durchführung von Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsprechungen diverser Bauvorhaben. Dabei wurde besonders darauf Bedacht genommen, daß die Bauprojekte dem letzten Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, funktionelle und wirtschaftliche Aspekte optimiert und insbesondere auf deren spätere Erhaltung und Betrieb hin in zweckmäßiger Weise geplant wurden. Dem Energiespargedanken wurde bei allen Bauvorhaben des Hochbaues große Bedeutung beigemessen. So wurde immer wieder versucht, in diesem Sinne neue Impulse zu geben.

Die koordinierende Tätigkeit, die beim Neubau von drei im Jahre 1979 fertiggestellten Bezirkshallenbädern durchgeführt worden ist, wurde nunmehr für drei weitere neue Bezirkshallenbäder wieder aufgenommen. Für eine einheitliche Vorgangsweise der technischen Dienststellen bei ihrer baubeaufsichtigenden Tätigkeit war es notwendig, für die Einhaltung der ergangenen Richtlinien und Weisungen Sorge zu tragen. Dem Bereichsleiter hinsichtlich des Behindertenwesens wurde für die Durchführung seiner Aufgaben im Hinblick auf die Magistratsabteilungen 19, 23, 24 und 26 die erforderliche Unterstützung gegeben. Im Zusammenhang mit der Durchführung von Baustelleninspektionen mußten die erforderlichen Maßnahmen über die dabei getroffenen Feststellungen eingeleitet werden. Vereinfachungsvorschläge für die Verwaltungsarbeit wurden erarbeitet, die Zentralisierung einzelner Arbeitsvorgänge konnte weiterverfolgt werden. Ebenso wurden die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Materialbeistellung durch Auftraggeber oder Auftragnehmer sowie eine Verbesserung in der Organisationsform des Zentralen Fachreferates fortgeführt, außerdem waren zu zahlreichen, den technischen Bereich betreffenden Kontrollamtsberichten Stellungnahmen zu verfassen bzw. die erforderlichen Veranlassungen zu treffen. Bei der Verfassung von Bauführungsverträgen wurde mitgewirkt, weiters mußten Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Hochbauten ausgearbeitet werden. Über Auftrag von amtsführenden Stadträten wurden Einzelprobleme behandelt, zu durchlaufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Außerdem wurde an der Ausarbeitung von zahlreichen Erlässen des Magistratsdirektors mitgewirkt. Bestehende Erlässe des eigenen Bereiches wurden auf ihre Gültigkeit hin überprüft bzw. überarbeitet und neue Erlässe ausgearbeitet.

Die MD-Stadtbaudirektion vertritt die Stadt Wien in der Fachgruppe Bauingenieurwesen des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, im Bundesministerium für Bauten und Technik, in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und in der Verbindungsstelle der Bundesländer mit dem Ziel, bundeseinheitliche standardisierte Leistungsbeschreibungen für verschiedene Fachgebiete zu erstellen und vor allem eine Koordination der standardisierten Leistungsbeschreibungen untereinander zu erreichen. So wurden Leistungsbeschreibungen für den Hochbau, Flußbau, Siedlungs- und Industrierwasserbau sowie für die Elektrotechnik bearbeitet. Die Organisation und Verteilung der für die standardisierte Leistungsbeschreibung „Hochbauten“ notwendigen Unterlagen für sämtliche Dienststellen der Stadt Wien, die Hochbauten ausschreiben, werden von der MD-Stadtbaudirektion durchgeführt, ferner die Schulung von Bediensteten im Einvernehmen mit der MD-



Automatischen Datenverarbeitung vorgenommen. Außerdem wird eine zentrale Kartei zur Erfassung sämtlicher Bediensteter, die in Normenausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes als Mitglieder fungieren, geführt und die Mitgliedschaft von technischen Dienststellen zu Vereinen und vereinsähnlichen Einrichtungen evident gehalten. An der Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien, insbesondere an der Neuorganisation der baubehördlichen Agenden, wurde mitgearbeitet.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Schienenverbundprojektes hatte die MD-Stadtbaudirektion die bei der Planung und Bearbeitung offengebliebenen Probleme einer Klärung zuzuführen und grundsätzliche politische Entscheidungen vorzubereiten. Die Kontakte und die Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen konnten bei den in periodischen Abständen stattgefundenen Besprechungen weiter vertieft und für beide Teile in fruchtbringender Weise gestaltet werden. Die Durchführung von Aufschließungsarbeiten für Betriebsbaugelände wurde koordiniert, für zukünftige Industrieansiedlungen in Aussicht genommene Flächen wurden aus technischer Sicht geprüft sowie mit den in Frage kommenden Dienststellen beraten. Für die Handhabung der Bauordnung für Wien sowie ihrer Nebengesetze war es notwendig geworden, entsprechende Dienstweisungen herauszugeben und dafür vorzusorgen, daß alle Vorgangsweisen dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, aber auch mit den geltenden baurechtlichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften in Einklang standen. Ebenso ergab sich die Notwendigkeit, an der Neuorganisation des Permanenzdienstes mitzuwirken, zur Regierungsvorlage „Einsparung von Energie“ nach Art. 15 a B-VG Stellung zu nehmen sowie an der Novellierung des Baulärmgesetzes mitzuarbeiten und Stellungnahmen zu verschiedenen in den Rahmen der Baupolizei fallenden rechtlichen Problemen abzugeben.

Für derzeit aktuelle Großprojekte wurde die netzplantechnische Betreuung weitergeführt bzw. auf einige neue ausgedehnt. Dies betrifft vor allem den U-Bahn-Bau, wobei hier die terminliche Bearbeitung für die Strecken U 1 (bis Kagran), U 2 und U 4 weitergeführt und hinsichtlich der Planung der Strecke U 3 neu aufgenommen wurde. Die Terminplanung für die „Autobahn A 22“ und für die „Autobahn A 4, Richtung Schwechat“ wurde fortgesetzt. Im Bereich des Hochbaues wurde für das Projekt „Neilrechgasse“ die Netzplanbearbeitung abgeschlossen, für das Projekt „südlich Am Schöpfwerk“ diese weitergeführt und für die Planung und Baudurchführung der ersten Ausbaustufe des Krankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost mußte sie neu aufgenommen werden.

Weiters erfolgte die Abstimmung der Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages für die MD-Stadtbaudirektion und die Dienststellen des technischen Bereiches. Dazu gehören alle Vorarbeiten von der Perlustrierung bis zur endgültigen Festsetzung des Voranschlages. Der Voranschlag für das Jahr 1981 wurde nach der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 604/176, aufgestellt. Die bereits im Jahre 1979 begonnene Umstellung auf dieses System konnte 1980 abgeschlossen werden und hat sich bewährt.

Mittels EDV wird seit Jahren eine Bauinvestitionsvorschau für jeweils fünf Jahre geführt und evident gehalten. Im Herbst wurde diese Arbeit für die Jahre 1981 bis 1985 vorgenommen. Diese Zusammenfassung wird laufend auf den letzten Stand gebracht, wobei alle Veränderungen, die durch Sachkredit- oder Bauratenerhöhung, Virements oder Widmungsänderung entstehen, unmittelbar verarbeitet werden. Die entsprechenden Abteilungsanträge werden auf Kompetenzmäßigkeit und ordnungsgemäße Antragsformulierung überprüft und nötigenfalls korrigiert oder ergänzt. Anlässlich der Budgetdebatte wurde dem Gemeinderat mit dem Voranschlag für 1981 ein 5jähriger Finanzplan, mit dem Basisjahr 1981, vorgelegt. Dieser Plan enthält für die Jahre 1981 bis 1985 die geschätzten voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben. Einen wesentlichen Bestandteil dieses Finanzplanes bildet die Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen“ für diesen Zeitraum. Die Vorschau enthält alle Bauvorhaben, die bis 1980 begonnen wurden und alle jene, die im Budgetjahr 1981 in Angriff genommen werden sollen, ferner die Angaben über Gesamtkosten, die Ausgaben bis 1979, die genehmigten Bauraten für die Jahre 1980 und 1981 sowie alle noch notwendigen Bauraten bis einschließlich 1985. Diese Vorschau wird für einen 5jährigen Zeitraum fortgeschrieben und alljährlich als Bestandteil des Finanzplanes dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Vorschau enthält außerdem die Darstellung aller notwendigen Budgetmittel für jene Großprojekte, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektausweise“ enthalten sind. Es handelt sich dabei um die Hochbauvorhaben „Am Schöpfwerk“, „Mitterhofergasse“, „Aderklaaer Straße“, „östliche Neilrechgasse“ und „Sozialmedizinisches Zentrum Ost“ sowie um die Tiefbauprojekte „U-Bahn“ und „Philadelphiabücke“. Für die Erfüllung des Straßenbauprogramms (Gemeinde- und Bundesstraßen) wurden auch für das Jahr 1981 Ermittlungen über die Gesamtkosten durchgeführt. In diesen sind alle für die Einbautendienststellen anfallenden Kosten, einschließlich der Stadtwerke, zusammengefaßt. Durch die genaue Erfassung dieser Kosten wurde eine budgetmäßige Sicherung bei den Einbautendienststellen gewährleistet. Alle erarbeiteten Unterlagen und Zusammenstellungen wurden der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt.

Ein weiteres Aufgabengebiet umfaßt die Erstellung eines „Mittelfristigen Investitionsprogrammes für Maßnahmen im Straßenbereich“ für die Zeit von 1980 bis 1984. Unter Mitwirkung der Straßen- und Brückenbauabteilungen aller Einbautendienststellen der Hoheitsverwaltung (Magistratsabteilungen 30, 31, 33 und 46) sowie der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke, Gaswerke und Ver



kehrsbetriebe wurden alle Baumaßnahmen, deren Gesamtbaukosten 1 Million Schilling übersteigen, für den genannten Zeitraum erfaßt. Das Programm wird nach Bezirken, Straßen, lexikalisch gereiht, und nach der Baumaßnahme auslösenden Abteilung geordnet, programmiert und ausgedruckt. Jeder Maßnahme sind eine Kostenschätzung und der Hinweis für die Bedeckung beigeordnet. Das jeweils auf den letzten Stand gebrachte Programm wird allen betroffenen Dienststellen übermittelt.

Weiters wird in der MD-Stadtbaudirektion ein *Auftragnehmerkataster* geführt, in dem jene Firmen enthalten sind, denen Aufträge durch die technischen Abteilungen des Magistrates übertragen werden. Die zentrale Erfassung bietet jederzeit einen Überblick über die Auftragslage bei den einzelnen Firmen hinsichtlich der für die Stadt Wien durchzuführenden Arbeiten. Dieser Einrichtung bedienen sich nicht nur die technischen Abteilungen, sondern auch die Wiener Stadtwerke.

Monatlich werden die Arbeitskräfte auf den Bau- und Arbeitsstellen der technischen Abteilungen der Hoheitsverwaltung statistisch erfaßt. In den Wintermonaten werden alle 14 Tage Zählungen der Arbeitskräfte durchgeführt. Dadurch ist es möglich, besonders große Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten rechtzeitig zu erkennen und eventuell notwendig gewordene Maßnahmen einzuleiten. Letztlich hat die Stadt Wien einen großen Anteil an der guten Beschäftigungslage des Bauhaupt- und Baunebengewerbes während der Wintermonate.

Ein weiteres Aufgabengebiet der MD-Stadtbaudirektion ist die *Bearbeitung aller Vergabeakte* des technischen Bereiches, die in die Kompetenz eines Stadtrates oder Ausschusses fallen. Die laufende Befassung und Erfahrung ermöglichen es der MD-Stadtbaudirektion, etwa vorhandene Mängel im Vergabeakt festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Im Jahre 1980 wurden 1.789 protokollierte Akte bearbeitet und dabei ein Gesamtersparnis von über 21 Millionen Schilling erzielt. Des weiteren gehören freihändige Vergabungen schwierigster Art, die Prüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker mit Ausnahme der Architekten und Vermessungstechniker, Verhandlungen als zweite Instanz, Beurteilungen von Bauzeitverlängerungen und Pönale, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Indexberechnungen, Vertragsauslegungen usw. zu den Agenden der MD-Stadtbaudirektion; auch in diesen Fällen konnten im Interesse der Stadt Wien Kosten eingespart werden.

Im Jahre 1980 wurden im Wege dreier „*Verständigungen*“ mit insgesamt 123 Seiten Weisungen in *Baupreisangelegenheiten* an sämtliche Bauabteilungen erteilt. Diese Verständigungen bezogen auch eine große Anzahl von amtlichen und halbamtlichen Stellen außerhalb des Magistrates der Stadt Wien. Da die MD-Stadtbaudirektion die Stadt Wien im Kreise der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen zur Durchführung von Preisberichtigungen vertritt, konnten bei allen Beratungen und Abschlüssen beste Ergebnisse für die Stadt Wien erzielt werden. Preisveränderungen aller Art am Baustoffsektor wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt. Außerdem ist die MD-Stadtbaudirektion in fast allen Fachnormenausschüssen sowie in der AGÖST, Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch, vertreten.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-Stadtbaudirektion bilden auch die Vorbereitung von städtischen Hochbauvorhaben und die Koordinierung aller in diesem Zusammenhang stehenden baulichen Maßnahmen. Trotz der im Jahre 1980 in verstärktem Maße aufgetretenen Schwierigkeiten ist es gelungen, den Neubau von *Wohnungen* im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogrammes der Stadt Wien in Angriff zu nehmen. Ein beträchtlicher Teil dieser Wohnbauvorhaben wird im Zuge der Stadterneuerung durchgeführt. Aus der Sicht der Bauvorbereitung kann somit das Wohnbauprogramm als erfüllt angesehen werden. Die gewünschte Schwerpunktverlagerung der Wohnbautätigkeit auf innerstädtische Bereiche bringt eine Fülle von Problemen und Schwierigkeiten bei der Baureifgestaltung von Liegenschaften mit sich, da in den meisten Fällen die Absiedlung der Bevölkerung aus dem Althausbestand erforderlich, aber auch häufig der städtische Grundbesitz aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen in teilweise langwierigen Verhandlungen zu arrondieren ist. Der aus den genannten Gründen bedingte längere Vorbereitungszeitraum erforderte, daß der Schwerpunkt der Tätigkeit im besonderen Maße auf diesen Problemkreis ausgerichtet wird. Hinsichtlich des städtischen Althausbestandes mit rund 600 Objekten wurde auf die im Jahre 1979 erfolgten Vorarbeiten aufgebaut und eine Klassifikation des Erhaltungszustandes vorgenommen. Zum Teil konnten Liegenschaften mit abbruchwürdigen Objekten bereits in das kommunale Wohnbauprogramm der nächsten Jahre aufgenommen werden. Das abschließende Ergebnis dieser Arbeit wird voraussichtlich Anfang 1981 vorliegen.

Die Hochbauvorhaben in 10, östlich Neilreichgasse, in 12, Am Schöpfwerk, in 21, südlich Mitterhofergasse und in 22, südlich Aderklaaer Straße, die im Voranschlag und Finanzplan als „*Projektausweise*“ enthalten sind, wurden zeit- und kostenmäßig weiterverfolgt. Neben dem Wohnbauprogramm wurde auch die Vorbereitung des Siedlungsprogrammes der Stadt Wien durch die MD-Stadtbaudirektion festgesetzt. In zahlreichen Besprechungen konnten die Voraussetzungen für die Baureifgestaltung der Liegenschaften, die in diesem Zusammenhang zu bebauen sind, geschaffen werden.

Die MD-Stadtbaudirektion nahm im Jahre 1980 388 *Befähigungsprüfungen* ab; 303 Kandidaten konnten approbiert werden. Bei Baumeisterprüfungen erhielten von 78 Kandidaten 41 das Befähigungszeugnis,



37 mußten zurückgestellt werden. Auch bei der Befähigungsprüfung für das Elektrikergewerbe bestanden von 22 Kandidaten nur 10, bei den Gas- und Wasserinstallateuren 17 von 18 Prüflingen. Bei Ziviltechnikerprüfungen bestanden 90 von 113 Kandidaten. Die Dienstprüfung für die Verwendungsgruppe A haben von 32 Kandidaten 31, für die Verwendungsgruppe C und D von 71 Kandidaten 69 erfolgreich bestanden. Die Abschlußprüfung für die bautechnischen Zeichenlehrlinge wurde von allen 8 Kandidaten erfolgreich abgelegt. Außerdem wurde die Ausbildung von 26 bautechnischen Zeichenlehrlingen überwacht, die Einschulung bzw. Weiterbildung von 94 Bediensteten, die zu den „Rundfahrten Modernes Wien“ eingeteilt sind, sowie die Zusammenstellung der Routen durchgeführt.

Am 31. Dezember 1980 unterstanden der Dienstaufsicht der MD-Stadtbaudirektion insgesamt 9.116 Bedienstete, und zwar technisches Personal, Arbeiter und Saisonarbeiter. Für Bedienstete der technischen Abteilungen wurden 298 Anträge für Dienstreisen im Inland und 125 für Dienstreisen in das Ausland gestellt und bearbeitet. Die diesbezüglichen Reisekostenrechnungen sowie die der 2.367 genehmigten Inlandsdienstreisen wurden nach Überprüfung der formalen Erfordernisse der MA 3 zur Anweisung zugeleitet. Während der Sommermonate 1980 waren 32 inländische Ferialpraktikanten in diversen technischen Dienststellen beschäftigt.

Schließlich wurden 3.765 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben und 2.887 verrechnet.